



**Dokumentation der 1. Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“
der Engagementwerkstatt Berlin zum Thema Freiwilligendienste
und Bildung am 4.12.2009 von 10-17 Uhr im Roten Rathaus von Berlin**

Die Fachtagung griff aktuelle Fragestellungen aus dem neuen Bundesprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ auf. In diesem Jahr galt das Augenmerk den Schnittstellen zwischen Freiwilligendiensten, Bildung und Gesellschaft. Fachleute und Praktiker berichteten und stellten ihre Erkenntnisse und Erfahrungen zur Diskussion.

Im Folgenden finden Sie:

Vorhaben, Ziele, Themen	3
Tagungsprogramm	4
Auszug aus dem Grußwort von Staatssekretärin Monika Helbig	9
Grußwort von Carola Schaaf-Derichs, Engagementwerkstatt Berlin	10
Keynotespeech Dr. Konrad Hummel	12
Auftaktpodium	27
Infomarkt	31
Diskussionsforum A „Freiwillige übernehmen Verantwortung“	32
Diskussionsforum B „Freiwillige entwickeln Gesellschaft“	34
Diskussionsforum C „Freiwilligendienste und Kompetenzentwicklung“	38
Abschließende Betrachtungen der Veranstalter	40
Referent/innen	42
Leuchttürme Berlin	45
Netzwerkpartner	45
Kooperationspartner & Förderer	46
Die Engagementwerkstatt Berlin	47
Freiwilligendienste aller Generationen	47
Teilnehmerliste	49
Impressum	53

Wir freuen uns, dass Sie dabei waren.

Ihr Team von der Engagementwerkstatt Berlin

C. Schaaf-Derichs, J. Rodejohann, D. Schmitt, A. Vollrath

Das Projekt Engagementwerkstatt Berlin des Vereins Die Hilfsbereitschaft e.V im Treffpunkt Hilfsbereitschaft -Landesfreiwilligenagentur Berlin ist ein Berliner Fach- undVernetzungspartner im Bundesprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“. Die Werkstatt koordiniert die Berliner Leuchtturmprojekte der „Freiwilligendienste aller Generationen“ und begleitet aktiv die Entwicklung von Freiwilligendiensten in Berlin

Vorhaben, Ziele, Themen

- Welche Rolle spielen Lernangebote für Freiwillige, die sich in einem Freiwilligendienst engagieren?
- Was können Freiwillige in Freiwilligendiensten lernen?
- Wo können Freiwilligendienste aller Generationen aktiv werden?
- Welchen Wert hat der Beitrag von Freiwilligen für die gesellschaftliche Entwicklung und welche Bedeutung spielt Bildung dabei?
- Welche Fragen kommen bei der Integration von Freiwilligendiensten in Institutionen, Projekte und Organisationen auf und wie werden sie diskutiert (und beantwortet)?
- Welche Erfahrungen haben andere europäische Staaten und Bundesländer mit geregelten Freiwilligendiensten gemacht?
- Wo liegen die Chancen aber auch Grenzen für die Kompetenzentwicklung von Freiwilligen in Freiwilligendiensten?

Die Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“ bietet eine breite Plattform für den offenen Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen zum Thema „Freiwilligendienste und Bildung“ auch über Berlin hinaus: Experten aus Politik und Wissenschaft, ausgewiesene Praktiker Freiwilligen Engagements, Träger von Freiwilligendiensten und daran interessierte Institutionen, Projekte, Organisationen und Freiwillige aus den geregelten (und ungeregelten) Freiwilligendiensten trafen zusammen.

Eingeladen waren alle am Bundesprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ in Berlin Beteiligten mit ihren Partnern aus den Netzwerken und Verbänden ebenso wie alle an der Entwicklung von Freiwilligendiensten in einer Großstadt wie Berlin Interessierten.

Die Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“ bietet eine breite Plattform für den offenen Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen zum Thema „Freiwilligendienste und Bildung“ auch über Berlin hinaus: Experten aus Politik und Wissenschaft, ausgewiesene Praktiker Freiwilligen Engagements, Träger von Freiwilligendiensten und daran interessierte Institutionen, Projekte, Organisationen und Freiwillige aus den geregelten (und ungeregelten) Freiwilligendiensten trafen zusammen.

Eingeladen waren alle am Bundesprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ in Berlin Beteiligten mit ihren Partnern aus den Netzwerken und Verbänden ebenso wie alle an der Entwicklung von Freiwilligendiensten in einer Großstadt wie Berlin Interessierten.

Tagungsprogramm

10:30 Uhr: Begrüßung und Eröffnung

Grußwort von Staatssekretärin Monika Helbig,
Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement in Berlin
Begrüßung durch Carola Schaaf-Derichs,
Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e.V.

11:00 Uhr: Keynote Speech: „Der Beitrag von Freiwilligen für eine soziale Stadt“

Dr. Konrad Hummel, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin

11.30 Uhr: Auftakt-Podium: „Freiwillige bilden Gesellschaft“

- Dr. Eckard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Angelika Münz, Community Partnership Consultants, Niederlande
- Christiane Richter, Seniorpartner in School e.V.
- Torsten Schramm, Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD)

Moderation: Barbara Weigl, Gerontologin, Demografieberaterin, Berlin

13:00 Uhr: Mittagspause mit Infomarkt

3. Etage: Rotunde und angrenzende Flure

Gelegenheit zum Stöbern auf dem Infomarkt mit 17 Ständen von Netzwerkpartnern und Trägern von Freiwilligendiensten



Stöbern auf dem Infomarkt

14.00 Uhr: Diskussionsforum A
„Freiwillige übernehmen Verantwortung“
Im Louise-Schroeder-Saal (Raum 337)

Impulsbeitrag:

Dr. Christa Perabo, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, AG Freiwilligendienste:
„Freiwillige und Institutionen – ein Widerspruch?“

Praxisbeitrag:

Margret Rasfeld, Evangelische Schule Berlin Zentrum: „Projekt Verantwortung“

Kurzbeiträge von:

- Dr. Herbert Scherer, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
- Tobias Baur, Humanistische Union e.V.
- Claus Foerster, Landesnetzwerk Bürgerengagement “aktiv in Berlin“ und AWO ExChange

Moderation: Anette Lahn, Berliner Aidshilfe e.V. und selbständige Beraterin



Diskussionsforum A im Louise-Schroeder-Saal: „Freiwillige übernehmen Verantwortung“

14.00 Uhr: Diskussionsforum B:

„Freiwillige entwickeln Gesellschaft“

Im Ferdinand-Friedensburg-Saal (Raum 338)

Impulsbeitrag:

Tilo Kretschmer, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, Regionalberater zum Freiwilligendienst aller Generationen und Leuchtturmverantwortlicher:

„Erfahrungen aus dem ersten Jahr in den Freiwilligendiensten aller Generationen in der Region Halle-Saalkreis“

Praxisbeitrag:

Ariane Mattner, DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH, Projekt „Rückenwind“ bringt Kinder und Senioren in eine Gemeinschaft mit Verantwortung

Kurzbeiträge von:

- Andrea Brandt, biffy Berlin - Big Friends for Youngsters e.V. / Regionale Servicestelle Berlin
"Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern"
- Jürgen Clausen, Freiwilligen-Initiative Charlottenburg-Wilmersdorf "Schüler lernen Verantwortung" - FISch
- Sebastian Pfeiffer; FÖJ-Aktiv e.V.

Moderation: Tobias Kemnitzer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.



14.00 Uhr: Diskussionsforum C:

„Freiwilligendienste und Kompetenzentwicklung“

Im Hermann-Waesemann-Saal (Raum 300)

Impulsbeitrag:

Susanne Rindt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), Projekt „Freiwilligendienste machen kompetent“

„Kompetenzentwicklung in biografischen Übergangssituationen“

Praxisbeitrag:

Dr. Jutta Anna Kleber, Projekt „Ausbildungsbrücke“, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., Berlin:

„Ehrenamtliche AusbildungsPATEN begleiten Schüler“

Kurzbeiträge von:

- Bettina Bofinger, Deutsch-Russischer Austausch e.V. und regionale Servicestelle Berlin “Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern”
- Thomas Kegel, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland im fjs e.V.
- Mehrnoush Tarkashvand, „nature4you - FÖJ macht kompetent“, Stiftung Naturschutz Berlin

Moderation: Ana-Maria Stuth, Quifd – Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.

16:00 Uhr Kaffeepause

Mit Galerie von Ergebnissen aus den Workshops sowie Fortsetzung des Info-Marktes

16.30 Uhr: Schlussrunde

Ergebnisse – Fragen – Kommentare – Blick in die Zukunft:

Moderator/innen und Netzwerkpartner ziehen Bilanz

- Anette Lahn, Berliner Aidshilfe e.V. und selbständige Beraterin
- Ana-Maria Stuth, Quifd – Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.
- Andrea Brandt, LAGFA Berlin, regionale Servicestelle Berlin „Aktion zusammen wachsen“ und FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain
- Claus Foerster, Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ und AWO ExChange

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e.V.

17:00 Uhr: ENDE



Regel Austausch während der Kaffeepause

Auszug aus dem Grußwort von Staatssekretärin Monika Helbig, Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement des Senats von Berlin

„(...) Dass Bürgerschaftliches Engagement für die Gesellschaft von hoher Bedeutung ist, darüber besteht heute kein Zweifel mehr. Doch die Fragen nach der Verortung der Freiwilligendienste innerhalb der Gesellschaft und nach den ihrem Wirken zugrunde liegenden sozialen Mechanismen bedürfen nach wie vor der fachlichen Diskussion unter Experten und Praktikern. Die erste Fachtagung der Engagementwerkstatt Berlin unter dem Titel „Freiwillige bilden Gesellschaft“ ist dafür ein Forum. Der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt auf dem Thema „Freiwilligendienste und Bildung“. (...)

Bildung steht für den Senat von Berlin ganz oben auf der Prioritätenliste. Bildung ist ein außerordentlich vielfältiges Thema, das auch für das Bürgerschaftliche Engagement von zentraler Bedeutung ist. Ich bin froh, dass wir im Berliner Rathaus Gelegenheit haben, uns mit Fragestellungen an den Schnittstellen von Freiwilligendiensten, Bildung und Gesellschaft kompetent auseinander zu setzen. Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Kommen und für ihre Beiträge.“



Grußwort von Staatssekretärin Monika Helbig, Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement in Berlin

Begrüßung durch Carola Schaaf-Derichs, Engagementwerkstatt Berlin

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Helbig,
lieber Konrad Hummel, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus nah und fern, liebe Besucher
unserer Tagung,

herzlich willkommen zur ersten Fachtagung der Engagementwerkstatt Berlin! Wir freuen uns sehr,
dass so viele Interessierte und Fachkollegen heute an dieser Fachtagung mitwirken. Ja, mitwirken
ist unser Motto, wenn es um Freiwilligkeit geht und wir wollen mit unserem Programm Ihre aktive
Teilhabe heute so oft wie möglich einwerben.

Bei dem Stichwort „einwerben“ geht mein erster Dank an Frau Staatssekretärin Helbig: Liebe Frau
Helbig, haben Sie herzlichen Dank für Ihre großzügige Gastgeberschaft hier in den schönen und
prominenten Räumlichkeiten des Roten Rathauses von Berlin. Wir wissen es sehr zu schätzen, so
dicht am Puls der Berliner Politik unser Tagungsthema „Freiwillige bilden Gesellschaft“ bearbeiten
zu können. Und wir danken Ihnen für Ihr engagementpolitisches Interesse an der Entwicklung und
an den Herausforderungen beim Umsetzen des Programms „Freiwilligendienste aller Generationen“.
Mit „wir“, das sollte ich unbedingt deutlich machen, ist das jüngste Projekt der Hilfsbereitschaft e.V.
gemeint, die Engagementwerkstatt Berlin. Mit der Trägerschaft für die Leuchtturmprojekte in Berlin
haben wir zugleich die Engagementwerkstatt als eine Fachplattform gegründet, die sowohl informa-
tiven als auch diskursiven Charakter haben wird. Wir wollen zusammen mit unseren sechs Koopera-
tionspartnern aus den Leuchttürmen die lebendige Praxis in den Berliner Freiwilligendiensten aller
Generationen präsentieren, sie fachlich begleiten und vernetzen. Dazu soll heute als Roter Faden
durch den Tag für alle Interessierten persönlich die Gelegenheit zur Information, Austausch und zur
Diskussion sein, beim Auftakt-Podium, auf dem Info-Markt und in den Diskussionsforen.
Und bereits im Vorfeld haben sich etablierte Verbände und Netzwerke im Engagementsektor als
Partner unserer Fachtagung angeschlossen: Das Kompetenzteam der Freiwilligendienste aller Ge-
nerationen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband als Programmpartner, die Landesarbeitsgemein-
schaft der Freiwilligenagenturen Berlin, das „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement, die
Landeszentrale politische Bildungsarbeit Berlin, Quifd, die Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten
im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit und die Regionale Servicestelle Berlin, „Aktion zusam-



Carola Schaaf-Derichs

men wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“.

Bereits an dieser Stelle möchte ich mich für das kollegiale Vertrauen, die große Kooperationsbereitschaft und aktive Mitwirkung aller genannten Partner ganz herzlich bedanken. Dank des gemeinsamen Werbens haben wir die stolze Zahl von 160 Teilnehmern und Beteiligten heute zu verbuchen und stemmen mit vereinten Kräften das Tagungsprogramm!

Inhaltlich entwickeln wir heute zusammen mit unseren Kooperationspartnern aus den Leuchttürmen eine wichtige Schnittstelle für die Diskussion neuer Entwicklungen, programmatischer Fragen und praxisorientierter Herausforderungen. Zentral stehen für uns dabei die Freiwilligendienste aller Generationen. Zugleich wollen wir aber die Verbindung zu den klassischen Freiwilligendiensten nicht aus den Augen verlieren.

Somit sind zwei Achsen im Programm der Fachtagung heute gesetzt: die horizontale, quasi die strukturelle Achse, die aktuelle Formate und Programme im Engagement diskutiert und versucht, das Feld zu beschreiben; und die vertikale, die die Zeitlinie zu erfassen versucht und nach der gewonnen oder erstrebten Qualität für Freiwillige in den Angeboten, nach ihren Lern- und Qualifizierungsmöglichkeiten fragt.

Zum Auftakt unserer Plattformarbeit haben wir mit dem Titel „Freiwilligendienste und Bildung“ ein erstes Schwerpunktthema gesetzt, zwei weitere folgen in den zwei kommenden Programmjahren der Freiwilligendienste aller Generationen und werden die weiteren Themen der Leuchttürme in Berlin aufgreifen: Pflegebegleitung und die Förderung des Kinder- und Jugendengagements. So viel zu unseren Überlegungen bei der Planung der Fachtagung.

Wir hatten uns auf das einführende Grußwort von Dr. Kammann vom Familienministerium zum Programm Freiwilligendienste aller Generationen gefreut. Leider musste er wegen einer Erkrankung absagen. Beste Genesungsgrüße von uns gehen deshalb nach Bonn.

Wir starten mit einem prominenten Kenner des Feldes Bürgerschaftlichen Engagements, Dr. Konrad Hummel vom Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Ich freue mich sehr auf seine Keynote Speech: mit dem Titel „Der Beitrag von Freiwilligen für eine soziale Stadt“. Bühne frei für Konrad Hummel und gutes Gelingen für unsere Tagung..

Keynotespeech Dr. Konrad Hummel

Dr. Konrad Hummel, Dezember 2009, Berlin

Stadtentwicklung und Stadtpolitik in Zeiten der Bürgerkommune

Die Stadt soll als Handlungsfeld für Bürgerengagement und die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft bestimmt werden. Sie ist kein untergeordneter Baustein des Staates oder der Gesellschaft, sondern bedarf der genauen Bestimmung ihrer Struktur, Gestalt und Bestandteile, um darin die Chancen und Schwierigkeiten einer probürgergesellschaftlichen Entwicklung auszuloten. Dies soll hier an acht Teilschritten geschehen.

1. Die Kommune als besonderer Handlungsort im Gefüge der Gesamtgesellschaft

„Kommune“ als lateinischer, „community“ als englischer Begriff enthalten vielschillernde Bedeutungen des Gemeinschaftlichen, ohne die es Stadt nicht gäbe. Gemeinschaft, Gemeinde und Gemeinwesen, Gemeinsamkeit und Gemeinwohl beschreiben, aus was und zu welchem Zwecke diese Tatbestände entstehen. Die Gemeinschaft als die prinzipiell private, netzwerkartige, familien- oder gleichgesinntenorientierte Gruppierung kann Bestandteil von Stadt sein, kann zu Engagement veranlassen; was es aber erst zu bürgerschaftlichem Engagement macht und Gemeinwohl am Ende stiften kann, aber nicht muss, ist die öffentliche, die Gemeinschaftsgrenzen überbrückende Tätigkeit („bridging capital“ bei R. Putnam), auch wenn es nur dazu dienen sollte durch untereinander verbindende Tätigkeit das Besondere oder Schützenswerte in Abgrenzung zu Anderen („bonding capital“ bei R. Putnam) hervorzuheben.

Die Stadt ist mehr und lebt von der Verschiedenartigkeit der Gemeinschaften und Gruppen – ihre Vielfalt konstituiert geradezu das, was Stadt ausmacht. Sie stellt durch Regeln und Normen ihre Gemeinschaftlichkeit her.

Seit der italienischen Renaissance und Städtegeschichte unverändert aktuell gilt ein Bild: das von der Stadt als dem Ort, an dem Menschen des guten Leben willens zusammenkommen. Auch die Flucht vor der industriell ruinösen Stadt, der Traum vom Häuschen im Grünen ändert nichts daran, dass es die Stadt ist, in der sich „das gute Leben“ entscheidet, vom zivilen Umgang miteinander, von der Vielfalt, von den Errungenschaften des Fortschritts und des Wissens. Hier brauen sich die Revolutionen zusammen, hier ist der Ort der Entstehung des Freiheitsgefühles (nach A. Mitscherlich),



„Der Beitrag von Freiwilligen für eine soziale Stadt“, Keynote Speech von Dr. Konrad Hummel, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin

hier ist der Wertewandel spürbar, hier wächst, verwächst und verwelkt bürgerschaftliches Engagement im ständigen Wandel. Viel Engagement für eine bessere Welt im Umwelt-, Entwicklungs- oder Bildungsbereich ist kommunal entstanden und hat sich dann mittels kommunaler Plattformen an die Bundes- oder globale Politik gerichtet – dafür stehen Namen wie Wyhl, Wackersdorf. Oder das Engagement sucht sich lokale Tatorte um exemplarisch sogar Fragen von Krieg und Frieden deutlich zu machen wie die Pershing-Besetzungen von Schwäbisch Gmünd etc.

Die Gemeinde lebt von ihren öffentlichen Rollen, von Rechten und Pflichten der Stadtbewohner, die selbiges sind, selbst wenn sie widersprüchliche, gespaltene oder umstrittene (nationale) Bürger- und Wahlrechte haben. Bei Migranten immer wieder zu hören: sie sind die Bürger ihrer Stadt bevor sie überhaupt entschieden sind, wohin sie national gehören. Das Bild der „kommunalen Selbstverwaltung“ ist ein hohes deutsches Verfassungsgut und europäisches Leitbild. Die Kommune ist mehr als der Ort der Dienstleistungen. Sie hat geradezu eine Allzuständigkeit wenn es um die Daseinsvorsorge geht. Sie hat jedoch nur begrenzt die entsprechende Kompetenz. Von der nächsthöheren Instanz bekommt sie bei Wettbewerbsrechten, bei Grundrechten, bei Haushaltsverfahren gesagt, welche Regeln sie einhalten soll und muss in der Regel dann jeweils vor Ort handlungsfähige Kompromisse finden. Die Gemeinde funktioniert nur durch ein hohes Maß an Engagement, öffentlichem Regelwerk, Interessenausgleich und „Vielfaltsmanagement“. Das Engagement spiegelt sich im Stadtratsmandat selbst, in Vereins- oder Handwerkskammerrollen, in konkreten Stadtteilvereinen und Initiativen, die sich meist auf das Maß und die Balance von Verschiedenartigkeit und Gerechtigkeit in der Stadtgesellschaft beziehen.

Das war in Zeiten traditioneller oder industrialisierter Städte so und bleibt in postmodernen Wissensmetropolen gleich – nur die Akteure und Methoden haben sich geändert, müssen sich ändern, müssen sich mitentwickeln und dürfen nicht an Teilinteressengruppen und Strukturen „hängenbleiben“. Die Konsequenzen, wenn dies nicht geschieht, sind unübersehbar: Die Wahlbeteiligungsquoten in Kommunen sind drastisch auf z. T. ein Drittel der Wahlberechtigten gesunken.

Anders das Gemeinwesen, das an Stadtgrenzen nicht haltmachen muss, es sei denn die Stadt verschmilzt mit abgrenzbaren territorialen Kultur- und Staatseinheiten. Das Gemeinwesen umschreibt die für größere gesellschaftliche Zusammenhänge gültigen Politik- und Kulturcodizes, umfasst meistens Sprache und Rechtsordnung, ist sozusagen der Unterbau des Idealbildes vom Nationalstaat unter Vernachlässigung aller nationalstaatlichen Verwerfungen und nationalistischer Unterwerfungen. Viel Engagement in diesem Zusammenhang ist „staatsnahe“ bzw. fügt sich wie das monarchische Begriffsbild vom „Ehrenamt“ (Freiherr vom Stein 1808) ein in die Stabilisierung des Ordnungsgefüges vom Staat oder dient, moderner formuliert, zur Sicherung z.B. sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Funk

tionstüchtigkeit. Dort auf die übergeordnete Ebene verlagert sich die medialisierte Aufmerksamkeit einer Informationsgesellschaft, dort lebt noch der Mythos, globale Probleme durch Zuweisung der Probleme „nach oben“ lösen zu können, dort können Wissens Elemente ohne jede städtische Begrenzung netztechnisch abgerufen und vermeintliche Provinzialität überwunden werden. Moderne Milieus orientieren sich deshalb ungern an kommunalen Bezugsrahmen eher an subjektiv quartiersbezogenen Wohnumfeldern und globalen Netzwerken. Dies geht Hand in Hand mit dem Verlust der intersubjektiven Gültigkeit von Normen, Regeln und Ritualen.

2. Stadtentwicklung als Gestaltung der Stadtgesellschaft

Stadtentwickler haben zuletzt in der Aalborg-Charta zur Nachhaltigkeit 2004 von der Vision kreativer Städte gesprochen, in denen allen die Möglichkeit verschafft wird für Lebensqualität und für ihre Mitwirkung an allen Aspekten des urbanen Lebens. Diese Vision hat sich zwar schon weit entwickelt, weg von den alten Klischees der Stadtentwicklung als gehobener Bau- Verkehrs- und Dienstleistungstätigkeit, verharrt jedoch noch in einem Bild, wonach „die Stadt“ „ihren Bürgern“ gegenübersteht, ihnen etwas zu gewährleisten hat. Das kann bestenfalls für eine Verwaltung der Stadtentwicklung gelten, nicht für die Stadtentwicklungspolitik. Sie besteht ja letztlich aus der Bürgerschaft selbst. Stadtentwicklung wird sich noch weiter weg von der Bauerschließung und Wohnbebauung hin zu einer stadtgesellschaftlichen Entwicklungsarbeit bewegen. Bürgerengagement ist in der Stadtentwicklung weniger ein Mittel zum Zweck der Planumsetzung, sondern es ist ein Zielgegenstand selbst, dem die Stadtentwicklung zu dienen hat: Menschen öffentlichen Raum zu bieten, in dem sie sich engagieren wollen, und Chancen und Anlässe für ein solches Engagement. Es gilt, Quartiere so zu definieren, dass sie in Abwägung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Sachzwänge einen Aufforderungscharakter haben und einen Handlungsspielraum für Menschen bieten. Im Gefüge einer Stadt – seien es Gebäude oder Institutionen, Verfahren oder Führungsstile, seien es Lebensweisen oder Gemeindegesetzungen – braucht es nicht Appelle, sondern Raum und Chancen zum Engagement. Das gilt unter den Bedingungen des demografischen Wandels im Besonderen und für Milieus im Allgemeinen. Diese liegen „unter Tage“ und müssen in ihrer Verschiedenheit „gehoben“ werden. Sie schieben Generationen, Geschlechter, Religionen, Einkommenschichten und Ethnien zusammen und auseinander. An ihren Schnittstellen kann das Bürgerengagement erwachsen, das die Stadtgesellschaft letztlich zusammenhält. Was Schule und Qualifikation für die Wissensgesellschaft sind, nämlich Voraussetzungen und Bausteine zugleich, das sind Engagementpolitik und dialogische Bürgerbeteiligung mit offenen Institutionen und Teilhabechancen für alle, für die Städte



Dr. Konrad Hummel

der Zukunft. Der Zusammenhalt der Stadtgesellschaften hängt von der Belebung der Bürgerschaft ab. Vorübergehend wird es dafür eigene Methoden, Bürgerzentren, Foren, Ämter oder Stabstellen brauchen mit dem Ziel, sich quer einzumischen, sowohl auf Dezernenten- als auch auf Ämterebene. Dabei ist nicht zu unterschätzen, dass eine solide Engagementpolitik sehr viel mehr Konflikte auslöst, als gemeinhin angenommen wird. Bürgerschaftskompetenz, Projekte, Netzwerke, individuelles Engagement stellen Herrschaftsstrukturen in Frage und schichten den Stellenwert von Gruppen in der Stadtgesellschaft um. Herrschaftslogiken aufzubrechen, ruft Widerstände hervor – auch im zivilgesellschaftlichen Bereich. Die klassische Stadtplanung tut sich noch schwer damit, Bürgerengagement anders darzustellen als in Broschüren (mit Methoden wie den Bürgerzirkeln), mit Marketingveranstaltungen (mit Slogans wie „Die beste Bürgerstadt schlechthin“) oder empirischen Erhebungen, welche Stadt die meisten Vereine hat. Stadtplanung muss ein breiteres Bild von Engagement in der Stadt abbilden und sich im Sinne der Aktionsforschung auch an den Schnittstellen einsetzen, an denen Bürger Parteilichkeit beanspruchen. Die Notwendigkeit einer Bürgerengagementpolitik wird darin deutlich, wie nachhaltig erfolgreich vernetzte Projekte auf die daran beteiligten Bürger wirken. Der Kommune muss es weniger um den Konsens gehen, der allzu oft auf Kosten authentischer Vielfalt, Konfliktfähigkeit und Spontaneität geht, sondern um die Notwendigkeit mit Vielfalt verstehend zu leben, also eigenes Verhalten, Wissen über Anderssein und Kommunikationsfähigkeit zu erproben. Sonst drohen den Kommunen Rechtsradikalismus, Vandalismus oder „Minarettverbotsabstimmungen“ an allen Orten. Dabei wird die Rolle der Stadtentwicklung unterschätzt bis hin zur Gestaltung von Gebäuden, Symbolen und Plätzen.

3. Milieuorientierung und Stadtentwicklung

Milieus werden in der Sozialforschung genutzt, um Gruppen in der Gesellschaft sowohl nach sozialer Lage als auch nach Bildung, Beruf, Einkommen und Lebensstil zu identifizieren. So haben die beiden wichtigsten deutschen Anbieter in diesem Bereich, SINUS und SIGMA, ca. zehn Milieus entwickelt, die sich entlang zweier Skalen als Mengencluster („Kartoffeln“) und als ein Spiegelbild von Modernität, Lebens- und Konsumstilen mit hoher Marketingrelevanz darstellen.

Auffällig ist, dass in Zukunft über ein Drittel des Engagementpotenzials in sechs der zehn Milieus erreicht werden könnte, wenn denn die Hindernisse weggeräumt wären. Diese Hindernisse sind keine technisch-finanziellen oder unlösbaren Klassenprobleme. Sie sind Ausdruck der „Modernisierungsachse“ in der Zivilgesellschaft selbst. In fast allen Detailfragen unterscheiden sich fünf „traditi-

onelle“ Milieus von fünf modernen bis postmodernen Milieus, sicher auch bestimmt durch Durchschnittsalter und Ausbildung. Bei SIGMA und SINUS befinden sich fünf links und fünf rechts auf der Modernitätsachse. An dieser unsichtbaren Bruchstelle bündeln sich auch Ängste und Hoffnungen. Die traditionellen Milieus verteidigen in ihrem und mit ihrem Bürgerengagement sich selbst, ihren Status, ihre Werte und Legitimationen ihrer Herkunft. Die Modernisten verteidigen in und durch ihr Bürgerengagement sich selbst, ihre Milieus und Lebensweisen und wollen ihre Zukunftschancen wahren. Hierzu öffnen sie sich auch notwendigerweise manchem Fremden.

Die enge Verzahnung von Engagement, Milieu und sozialem Wandel muss sich in der Stadtentwicklung wiederfinden lassen und bedarf der politischen Gestaltung. Die schrumpfenden und wachsenden Milieus einer Großstadt beeinflussen die Art des Engagements. Solche Entwicklungen verändern die Zusammenhänge, Interaktionen und vor allem das zivilgesellschaftliche Geschehen einer Stadt erheblich. Vieles in der „alten Stadt“ lebte aus dem Spannungsverhältnis zwischen traditionellem Arbeitermilieu in den citynahen Wohnrandgebieten und den Etablierten und Intellektuellen in Eigenheim und Innenstadt. Vieles in der „neuen Stadt“ wird leben aus dem Spannungsverhältnis zwischen den „working poor“, die zwischen Hartz IV, einfachen Jobs und Renten Perspektiven suchen und der neuen technischen Intelligenz, die mobil ihren Arbeits- und Familienort bestimmen und Kompetenz teuer zu verkaufen weiß. Wie werden ihre Engagementformen aussehen? Wie sehr können sie ihr Angewiesensein auf große Versorgungsinstitutionen und damit ihre Ambivalenz, die sie in der Regel zum Staat haben, verbinden mit Engagement für sich und Andersdenkende? Diese neuen Mittelschichten werden viel für ihre und andere Kinder im Stadtteil tun. Sie erwarten flexible, effiziente Dienstleistungen und halten tolerant und ungeduldig viele Differenzen aus. Große Institutionen müssen mit ihrem Misstrauen rechnen. Lässt sich eine Kommune auf neue Projekte wie Mehrgenerationentreffpunkte ein, wird sie die neuen Milieus erreichen können, aber andere Milieus vielleicht verlieren.

In jedem Fall können Kommunen davon ausgehen, dass sie mit traditionellen Bürgerbeteiligungsmethoden auch nur bestimmte Milieus erreichen (Leitmilieus) und andere – traditionell auf der einen, experimentalistisch auf der anderen, materialistisch auf der unteren und kosmopolitisch auf der oberen Seite der Skala – kaum streifen. Voraussetzung für eine solche Passgenauigkeit ist allerdings ein besseres Wissen der Stadtplanung/entwicklung über die Milieustruktur ihrer Stadtgesellschaft und erprobte Methoden des milieugestützten Dialogs.

4. Engagementziele – in allen „drei Sektoren“

Engagement ist keine Fähigkeit der Bürgerschaft, die dem Staat oder der Wirtschaft einseitig zur Verfügung gestellt wird. Engagement gilt als besondere Strategie des „über das eigene wesentliche und Kerngeschäft hinausgehende“ Verhalten in allen drei Sektoren.

Eine Stadtverwaltung kann aber muss nicht eine „engagierte“ sein, das Engagement von Unternehmen ist ohnehin erst ein neuerdings im Umfeld von corporate citizenship und social responsibility „erforschter“ Tatbestand. Engagementpolitik sollte nicht zu sehr reduziert werden darauf, was die offizielle Kommunalpolitik etwa zur Stärkung des Vereinswesens und der Infrastruktur der Freiwilligenarbeit zuschusspolitisch tut. Relevanter ist für den Dialog der Bürgergesellschaft, ob sie selbst so aufgestellt ist, dass sie Engagement erbringt, ermöglicht und mit ihm kooperiert.

Die Kommune muss langfristig in die Qualität ihrer Betriebe, ihrer Verwaltung und die „leadership“ ihrer Bürgerschaft, d.h. die Fähigkeit der Bürger, als Verhandlungspartner aufzutreten, investieren. Die Rolle der Schulen und anderer sozialräumlich zentraler Orte ist bisher dafür völlig unterbewertet. Der pluralen Erwachsenenbildung kommt eine wichtigere Rolle zu als bisher („Lernlandschaften“, vhw 2009). Citizens governance kann so folgende Bedeutung gewinnen: Kommunen, die sich ihrer eigenen Verwaltungsreform, der Koordinierung der Methoden, der Modernisierung ihrer Vereine und Wirtschaft, der Vielfalt ihrer Milieus und der Pflege einer öffentlichen Kultur der Bürgerschaftlichkeit verpflichtet wissen.

Dort, wo in Kommunen fortgeschrittenes Bürgerengagement stattfindet, wird hinreichend deutlich, dass es nicht um ein Nullsummenspiel, um Verteilung einer knappen Ressource geht, sondern um die Erschließung neuer Ressourcen, die das Dienstleistungsbild der Kommunen selbst verändern wird. Unübersehbar entwickeln sich in den lokalen Wirtschaftszonen der Kommunen Unternehmen, die Konzepte zu Unternehmensengagement haben. Das gilt für die traditionell engagierten mittelständischen Betriebe wie globale Konzerne und städtische Ausgründungsbetriebe wie im Verkehrs-Energie oder Wohnbereich. Bei manchen Wohnungsbetrieben beginnt das Engagementspektrum mit Krippenplatz-versprechungen an Mieter, geht über Schulneubauten bis zu Schulliegenschaftsmanagement oder Stadtentwicklungsverantwortung für Bildungslandschaften. Kleinere Unternehmen beziehen sich stärker auf ihre kommunalen Gesellschafter, um für diese Städte soziale Probleme zumindest „mit oder weg zu organisieren“. Unternehmensengagement der Wohnungswirtschaft auf kommunaler Ebene ist die Bereitschaft an den Strukturen mitzuarbeiten, die den Mietern der Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld ermöglichen, mehr als bisher in größtmöglicher gesellschaft-

licher und ökologisch verantworteter Selbstständigkeit zu leben und dafür das Zusammenwirken der beteiligten Dienstleistungspartner und Institutionen gemeinsam effektiver zu beeinflussen. Für die Unternehmen heißt dies, die Rendite des Wohnungsproduktes stärker am „gelingenden Lebensentwurf“ des Mieters auszurichten. Letztlich geht es um den realen und künftigen Mieter und seine Wohnung als Bestandteil seines Lebensentwurfes und in der „Wertschöpfungskette“ um die vielen, die als Handwerker oder Zulieferer beteiligt sind.

Engagementpolitik der Unternehmen auf lokaler Ebene zielt weniger auf ein abstraktes (oder wie bei religiösen Betrieben theologisch-normatives) Gemeinwohl oder die schlichte Umsetzung dessen, was eine Stadtplanung will, sondern auf ein Handlungsfeld, das sich dem Mieter öffnet und erschließt bzw. zu dem der Mieter befähigt wird mitzuwirken und zu gestalten. Ein Unternehmen kann Klimaausgleichszahlungen leisten oder interessante Kindergärten „als solche“ subventionieren – nachhaltig wird die Investition, wenn Mieter und Wohnung das Ihre selbsttätig zum Klimaschutz oder die Kindereinrichtungen beitragen.

Engagementpolitik lässt sich auch im zivilgesellschaftlichen Sektor selbst definieren. Schließlich ist dessen Öffnung für alle Milieus, für „Nachwuchs“, für zivilen Konflikt- und Interessenausgleich keineswegs selbstverständlich. Förderrichtlinien können Hinweise geben und Erwünschtes bestärken. Insgesamt liegt das Wesen kommunaler Engagementpolitik neben der Förderung von Freiwilligkeit vor allem in der Qualifizierung von Verwaltungs- Staats- und Wirtschaftshandeln zugunsten kooperativer, dialogischer Lösungs- und Aktivierungsformen.

5. Stadtpolitik

Politisches Handeln in der Kommune ist noch mehr als auf Landes- und Bundesebene Konsenssuche, Ausräumen von Interessen, pragmatische Berücksichtigung widersprüchlicher Interessenlagen. Die kommunale Verfassung lässt letztlich auch nur in Süddeutschland mächtigere direktgewählte Oberbürgermeister zu – Machtzentren gibt es bis hin zur Handwerkskammer, den Vereinen und der Verwaltung selbst viele in der Kommune. Umso mehr sucht die Kommunalpolitik den Ordnungsrahmen des gewählten Stadtparlamentes und verwehrt sich das Hineinregieren durch neue Formen wie Bürger- oder Stadtteilparlamente, Agenda 21-Räte oder landesgesetzlich definierte Bürgerbegehungsverfahren. Andererseits sind die Räte gefangen in den Begrenzungen traditioneller Demokratieverfahren und versuchen das Dilemma schon so zu lösen, dass es in Parteien Listenplätze für Par-

teilose gibt und zahlreiche freie Wähler- oder Stadtvereinigungen oder dass sogar Altersgrenzen der Wahlberechtigung verschoben werden. Einige Städte führen mit pädagogischem Impetus Kinder- und Jugendparlamente ein und Bürgerhaushalte durch. Leider stellen sich die örtlichen Parteien selbst zu wenig dem Modernisierungsprozess. Sie sind in der Regel geschrumpft auf offene, diffuse Strukturen oder überalterte Kadergruppen, die den Dialog in alle Gruppen der Stadtgesellschaft hinein oft führen wollen aber kaum führen können.

Teilhabechancen sind zentrale Gerechtigkeitsfragen auf der kommunalen Ebene, mehr noch als steuerliche Umverteilungs- und Transferleistungen, die in der Regel auf bundesstaatlicher Ebene entschieden werden. Teilhabechancen sind nicht immer so präzise messbar. Sie oszillieren zwischen Empirie (z.B. Wahlbeteiligung/Frauen-Migrantenanteile) und Wertorientierungen (Würde, Anerkennungskultur etc.). Eine systematische Berichterstattung gegenüber den repräsentativen Ratsgremien erfolgt bisher selten.

Bisher beschränken sich die Maßnahmen auf Sozialpläne, Armutsberichte etc. und werden sektoral wahrgenommen (z.B. Teil der Sozialpolitik). Spannungsreicher wird es, wenn Gerechtigkeitsfragen sich auf ganze Stadtteile, deren Fördervolumen beziehen, auf Dienstleistungsprioritäten und deren soziale Nutzung (z.B. Zuschussquoten für Kultur, Schularten etc.). Dieses politisiert dann erfahrungsgemäß die Gremien, seltener aber die Betroffenen. Diese werden auf der kommunalen Ebene mit „Intermediatoren“ angesprochen und erreicht, mit Quartiersmanagern, Stadtteilsozialarbeitern, Beratungsstellen, Projekten. Die Zwiespältigkeit solchen Vorgehens wird von zwei Seiten kritisiert. Die eine Seite hält dies für eine nicht emanzipative Strategie (z.B. community organizing-Ansätze), weil sie in ihrem Subventionscharakter Menschen abhängig halte. Die andere Seite kritisiert die „positive Diskriminierung“, d.h. sie bemängelt, dass nicht alle Gruppen, alle Stadtteile in den gleichen „Genuss“ kommen.

Die Stadtpolitik hat stärker als alle anderen staatlichen Ebenen Instrumente installiert, solche Positionen „einzufangen“, im schlechteren Fall zu „entpolitisieren“. Neben den Ausschüssen mit „fachkundigen Bürgern“ (z.B. Jugendhilfe) gibt es die Beiräte – von Jugend über Senioren bis Ausländer –, die einzubeziehen sind. Leider erweisen sich diese Instrumente selten als effektiv für breitere lokale Demokratie.

Auch Freiwilligendienste allein (staatliche Programme) sind kein Garant für die lokale Gerechtigkeitsdimension: Sie befördern zu zwei Drittel weibliche und höher gebildete Gruppen. Eher schon sind es Selbstverwaltungselemente (autonome Selbststeuerungsgremien), nicht nur in städtischen Betrieben, sondern auch Initiativen, verknüpft mit Eigenverantwortung. Hier entstehen neue Träger von Dienstleistungen, Gruppen, die miteinander bauen oder Kinder betreuen wollen und dafür Eigen-

verantwortung übernehmen. Sie sorgen oft selbst für trisektorale Kooperation.

Umso weniger garantiert ist freilich bei solchen teilautonomen Prozessen in der Gemeinde ob sie „Inseln der Gerechtigkeit“ darstellen oder einen Beitrag zur Gesamtstadtgesellschaft leisten. Dies erfordert eine sehr transparente Stadtentwicklungsplanung, Kriterien für das, was insgesamt angestrebt wird und gewollt ist.

„Zukunftswerkstätten“, Planungszellen, Bürgerpanels u.a. Methoden sollen die Kluft überbrücken, die allein durch „guten Willen“ (ohne Reflexion aller Milieus) und allein positional (Meinungen ohne Folgeverantwortung) nicht zu überbrücken ist. Es ist ein schwieriges Gleichgewicht zwischen tatsächlicher Stadtentwicklung, die der Stadtgesellschaft und ihrem Gerechtigkeitskern dient und einer Stadtentwicklung, die eine umfangreiche Aktivitätsagenda und Rhetorik hat, aber nicht so gefühlt und wahrgenommen wird. Je größer hier die Dissonanzen sind, umso mehr Entstehen Anlässe, die sich in den neuerdings leichter durchzuführenden Bürgerbegehren niederschlagen. In den meisten Fällen ist der rationale Diskurs fast schon nicht mehr möglich, wenn es zum Begehren kommt.

6. Erfahrungswissen: Was wir aus den sozialen Stadtentwicklungsprojekten wissen.

Die Moderne und Vielfalt der Stadt und der Stadtentwicklung schafft aus sich heraus keinen rational-vernünftigen Stadtbürger an sich. Stadt prägt Menschen indirekt, nicht direkt wie etwa im familiären Erziehungsprozess. Und sie schafft Anlässe, die Menschen durchaus zum prosozialen und andererseits zum egoistischen Wesen machen können. Es hängt sehr vom gelebten Leitbild der Kommune ab, ob sie die „produktiven“ Seiten des Menschen stärkt, ihn als Problemlösungspartner ernstnimmt und ihn fordert. Konzepte, die dies simplifiziert haben, verursachen fatale Folgen. Die Kommunen haben zehn Jahre lang das Ideal der Dienstleistungskommune zum Leitbild ihres Handelns und ihrer Verwaltungsreform gemacht. Die Folgen waren einerseits, dass die Behörden kundenfreundlicher aufgestellt waren und andererseits, dass sich Stadtbürger als Kunden verhalten haben.

Kunden aber wechseln im Unterschied zum Bürger ihr Produkt, wenn es ihnen nicht mehr passt oder sie bessere Preis-Leistungs-Verhältnisse sehen. Bürger als „nutzenmaximierende Kunden“ ziehen um oder ziehen sich zurück. Sogar Bürgerengagement wurde eine Zeit lang als individuelle Serviceleistung unterbeschäftigter Mitmenschen entwickelt. Der Aspekt der Teilhabe, Bindung, Identifikation und Gestaltung der Stadt wurde vernachlässigt.

Wenn die Modernitätsentwicklung Stadt und Stadtentwicklung so aushöhlt, dass diese nur noch mit Servicediensten und Modernitätsinseln baulicher oder virtueller Art beschäftigt sind, sinkt die Bereitschaft, Zeit, Geld und Kraft in das zu investieren, was Stadtgesellschaft zusammenhält bzw. was „cohesion“, Freiheit innerhalb von Verantwortung, ausmacht. Die besonderen sozial orientierten Förderprojekte blieben oft zwischen anwaltlicher Stellvertreterarbeit und Fürsorglichkeit hängen. Einige, die – wie eine umfassende englische Sozialraumstudie plastisch darstellt (what works in community cohesion) – handfest eine veränderte politische Kultur der Direktheit und Kooperation anstreben, sind erfolgreicher.

Unter einem Zwischentitel authentischer Kommunikation werden in der Studie genannt:

- reale Interaktion statt in Parallelwelten leben und diskutieren
- Respekt deutlich vor jeder Art von Fürsorge
- Schule als Integrationsort schützen, nützen, fordern statt allgemeine Wohn- und Quartiersdurchmischungen
- Gemeinsinn bilden vor individuelle Grundrechtsdebatten
- klare Sprache(n) nutzen statt normativer Leitsätze
- Unter dem Zwischentitel wertgestützter Kommunikation steht dort die Hauptbeteiligten direkt angehen statt indirekt Beteiligte
- Junge im Zweifel vor Alten ansprechen
- Neuankömmlinge im Quartier sofort und letztlich vor Alteingesessenen ansprechen
- maßgeschneiderte Lösungen vor Pauschallösungen
- Neid direkt angehen vorrangig vor legalistischen Argumenten
- Unter dem Zwischentitel handlungsorientierter Kommunikation
- gemeinschaftsbildende Projekte statt Sonderprojekte
- teilnehmeroffen (heterogen) statt geschlossene (homogene) Projekte
- theaterpädagogische Projekte vor eindimensionalem Lernen
- Unter dem Zwischentitel offen-demokratischer Verfahren steht transparent berichten statt vorsichtig
- Nichtbeteiligte einbeziehen statt nur die Gleichen anzusprechen
- Vorurteile thematisieren statt vermeiden
- unmittelbar arbeiten statt zu langatmig/fristig
- lokale strategische Partnerschaften bilden statt Gremienarbeit allein
- immer mitevaluieren/auswerten statt aussitzen und hoffen.

Insgesamt ist dies eine Verhaltensstrategie des direkten Dialogs, niedragschwellige emotionsgeladene Teilhabestruktur, die korrektem Verwaltungshandeln paradoxerweise in vielen Fällen widerspricht. Stadtentwicklung, die sowohl „transparentem, personenneutralen Verwaltungsverhalten“ ebenso verpflichtet ist wie einer emotionalen, konfliktoffenen Partizipationsstruktur muss die Anwendung dieser und weiterer möglicherweise in ausgewiesenen Geltungsräumen nebeneinander Verhaltensstrategien bejahen, benennen und unterstützen. Die Modernität der Stadtgesellschaft zu bejahen, heißt deshalb nicht für die Stadtentwicklung vermeintlich „modern dienstleistungszentriert“ zu sein, sondern „Freiheit in Mitverantwortung“ einzulösen in den Problemlösungsverfahren und Institutionen.

7. Voraussetzungen der Bürgerstadt – das „zivile Projekt“: Lernen

Es gibt keine Wohlstands- und Demokratiesicherung auf kommunaler Ebene ohne eine hinreichende Grund- und Menschenbildung. Nicht umsonst sind hier die Debatten um Schulen und Schulpflicht zuerst gelaufen.

In einer zunehmenden Wissens- und Informationsgesellschaft bei gleichzeitig explodierender Heterogenität der Herkunft und Lebensstile wird Bildung zu einer Überlebenssicherung des friedlichen Miteinanders. Zusätzlich kommt der demografische Wandel, der heute schon mehr besser Ausgebildete Menschen erfordern würde als unsere Ausbildungseinrichtungen hervorbringen. Und mit der Bedeutung dieses Sektors steigt seine Wichtigkeit für die kommunale Gerechtigkeitsdiskussion. Vereinfacht gesagt hat der Managersohn 3,5mal mehr Chancen auf ein Abitur als das Arbeiterkind. Bildungschancen haben sich in den Städten als „Abstimmungen mit den Füßen“ heraus gestellt. Konservative und etablierte Milieus haben im Zuge der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte ihren Ausbildungsstatus erheblich ausgebaut und damit sich, aber auch neue Milieus „in die Moderne“ gebracht: postmaterielle und Performermilieus. In der bürgerlichen Mitte gelang einigen der Aufstieg über Bildung in experimentalistische Milieus. Die fünf ausgewiesenen Milieus liegen mit 20 bis 70 Punkten über dem Durchschnittsindex von 100 während fünf andere Milieus, von den Traditionsverwurzelten bis zu den Hedonisten, 20-70 Punkte darunter liegen.

Soweit bestätigen diese Zahlen nur dramatisch, was die PISA-Studien für Deutschland aufgedeckt haben. Die reale Bildungspolitik hat die soziale Segregation – zumindest inzwischen – massiv verstärkt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass mit den Migranten dieser „gap“ allein nicht erklärt werden kann. Bei diesen sind zwar 46% statt 32% der einheimischen Bevölkerung Träger einfacher

Bildungsmaßnahmen, die Dynamik der Gesamtgesellschaft aber wiederholt sich. Innerhalb der Migrantenmilieus bildet sich nämlich der gleiche Effekt ab. Die dortigen „statusorientierten“, kosmopolitischen und multikulturellen Performer liegen ebenfalls 30-60 Punkte darüber und fünf andere Milieugruppen darunter. Wie sehr sich diese Strukturen verfestigt haben, zeigen auch Werteinstellungen, die die Städte bei den Elterngenerationen bräuchten, um Antreiber, Vorbild und Ermöglicher ihrer Kinder zu sein. Nur 4 der 10 Milieus weisen Bildung als überdurchschnittlichen „Weitergabewunsch“ aus (vorneweg die Postmodernen) und Bildung rangiert hinter Gesundheit, finanzielle Sicherheit und Frieden auf Platz 4 vor der sauberen Umwelt.

Wie folgenschwer die Unterschätzung von Bildung ist, für das „zivile Zusammenleben“ in den Städten, erweist eine vergleichende Analyse von Schulabsolventen. Wer in Deutschland die Schule besucht hat, weist wesentlich mehr Antifundamentalismus, Leistungsethos und Vielfaltsbereitschaft aus als diejenigen, die in bestimmten Gegenden der Migrantenentsendeländer die Schule besucht haben. Das Bildungsleben sozialisiert – vom öffentlichen Raum, über Kita, Schule bis zum Schulumfeld.

Neben der schlechten Botschaft der Segregation ist dies die gute Botschaft: Das Schulsystem wirkt solange es noch sozialräumlich ist, „zivilisierend“, erleichtert also den Umgang mit der Moderne. So unzufrieden wir mit der Schule sein mögen, ihr Besuch hierzulande ist wirksam.

Städte sind auf solche Haltungen angewiesen. Sie erst ermöglichen städtische Toleranz, Urbanität, Entfaltung von Lebensweisen, Frauenrechte oder kreative Hebung der Vielfalt, was Wirtschaft mit ihren Apellen an Diversitätsmanagement einklagt. In den Betrieben allein und nicht nur innerhalb der „Schulmauern“ wird Vielfalt gelernt. Gelernt und gelebt wird es im öffentlichen Raum, den Schnittstellen zwischen staatlichen, privat-zivilgesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Sphären.

Das alles begründet hinreichend – ohne auf weitere lösungsbedürftige Fragen wie die bessere Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule oder Stadtwohnraum und Schulumfeld einzugehen – weshalb neue „Lernlandschaften“ das langfristig unverzichtbare Element, der Nährboden für qualifiziertes Bürgerengagement sind.

Landschaften als bildliche Umschreibung für educational governance-Prozesse, also Verfahren, die kein staatlicher Akteur oder anderer aus dem Zivil- und Wirtschaftssektor allein steuern oder erfolgreich verändern kann.

Wir stehen in den deutschen Kommunen am Anfang einer der Debatte der „Wiedervergesellschaftung“ der Betreuungs- und Lernprozesse stärker in Bürgerhände heraus aus staatlicher Hoheit. Historisch wirkt es fast ein wenig paradox und spät, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass frühkindliche Erziehung und Betreuung in den letzten Jahren „verstaatlicht“ wurden (Rechtsansprüche Kindergarten/Krippenausbau etc.), um sie nun und in Zukunft zum Gegenstand wieder stärker der Bürgerschaft selbst zu machen. Die Trennungslinie der Moderne wird sein, ob diese „Wiedervergesellschaftung“ privatisierend wirkt, d.h. Gruppen sich privat absetzen oder allen dient durch öffentliche, bürgerschaftliche Bildungsinstitutionen.

8. Die Verwaltung als Akteur – Bürgerengagement als „Gegenstand“ beruflichen Handelns

Die Kommunalverwaltungen reagieren derzeit auf Gesetzes- und Reformdrucke „von oben“ statt „von unten“ aus der Bürgerschaft. Im Zweifel zieht sich Verwaltung auf Regelungen der Zuständigkeiten, Finanzierung und Ausführung von Dienstleistungen zurück. Die Reformen der bundesstaatlichen Ebene der letzten zehn Jahre bleiben hängen zwischen bundeszentraler Arbeitsmarkt-Zuständigkeit und lokalen Arbeitsmarktmaßnahmen, zwischen bundeszentraler Pflegezuständigkeit und lokalen Pflegenetzwerken, zwischen bundeszentraler Klimapolitik und lokalen Klimamaßnahmen, zwischen bundeszentraler Rentenzuständigkeit und lokalen Mehrgenerationenhäusern, zwischen bundeszentraler Städteförderung und lokalem Quartiersmanagement.

Statt zwischen bundeszentralen Ziel- und Mittelvorgaben und lokalen bürgerschafts- und wirtschaftsbeteiligten Querschnittsmaßnahmen kluge Innovationsregeln zu vereinbaren, wird der „Schwarze Peter“ Folgenzuständigkeit (Konnextität) und die Mengenfrage (mehr Mittel) hin und her geschoben. Letztlich wird eine abstrakte Qualität gemessen und Teilhabe formalisiert, also ihrer lernkulturellen Prozessqualität beraubt.

Die klassische Stadtplanung konnte sich aus diesem Teufelskreis nicht befreien und treibt im Zweifel jedes neue Thema nach dem gleichen Prinzip „neu durchs Dorf“. Selten entstehen so neue Lernkulturen. Gegenseitige Forderungen werden abgearbeitet, kein Masterplan für alle geschrieben. Mit der Delegation von Reformspielräumen in der Landesbildungspolitik an Rektoren, die nach altem Beamtenrecht besetzt werden; mit mehr Elternabenden, in denen das gleiche getan wird; mit mehr Grünflächen um Schulen herum, die das Grünordnungsamt allein bewirtschaftet; mit mehr Kindergärten, die nur bestimmte Milieus nutzen, lassen sich keine innovativen Lernkulturen schaffen.

Nicht die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern entscheiden über die Reformfähigkeit, sondern die kommunalen Kompetenzen bedürfen einer bisher ungeahnten Fähigkeit zur Komplexität bzw. Komplexitätsreduktion und Verknüpfung weit vorauseilender Faktoren, um kommunale Landschaften "erfolgreich" zu machen.

Der zivilgesellschaftliche Stadtentwicklungsansatz wird oft additiv verstanden, ohne die Spielregeln bisheriger Koordinierungsarbeit in ziel- und ergebnisorientierte Projektarbeit zu ändern. Ein Mehr an Planungsmethoden, Gremien und Bürgerbefragungen geben noch keine bessere Partizipation. Stadtplanungsanalysen kommen zur Schlussfolgerung: „Die klassische top-down-Planungsrolle einer hierarchischen Steuerung wird durch eine kooperativ-koordinierende Verhandlungsrolle ergänzt.

Die Strategien der Partizipation bestehen

- in einer Beteiligung der Verwaltung in enger Kooperation ihrer unterschiedlichen Ressorts im Sinne einer ressortsübergreifenden Steuerung von Planungsaufgaben,
- der Einbindung/Zulassung privatwirtschaftlicher AkteurlInnen im Sinne von Public-Private-Partnerships und
- der Beteiligung von AkteurlInnen der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, die BürgerInnen als aktive MitgestalterInnen zukunftsweisender und nachhaltiger Entwicklungsmöglichkeiten zu gewinnen“

schreibt Oliver Frey(2009) und es bedeutet, dass dialogische Strukturen nicht „unten“ beim Bürger laufen, sondern für jede Handlungsebene gelten, auch zwischen Experten und zwischen Bund, Ländern sowie Gemeinden.

Es sind also mehr Akteure zu beteiligen als früher, mehr „Wissen“ ist zu verbreiten und zu ermöglichen und eben nicht nur irgendwohin zu transportieren.

Kulturen des Lernens in der Stadtentwicklung entstehen durch Verknüpfung individueller Verantwortlichkeiten, „Haltungen“ und Kompetenzen (Leadership) mit strategischen Verfahrensspielregeln der Informationsoffenheit und Arbeitsteilung. Standards sind zu formulieren, wenn es um die Stärkung nachgeordneter Handlungsebenen geht.

Handlungsspielräume der „urban governance“ brauchen klare Freiräume neben der abzusteckenden, governmental notwendigen Klärungsarbeit.

Die reine Effizienz und ausschließliche Verwaltungskorrektheit macht keine demokratische Stadt, die ausschließlich großmütig fördernde und rhetorisch wortgewaltige Bürgerstadt macht noch keinen Nährboden für Engagement aller drei Sektoren. Verwaltung wird auf kommunaler Ebene selbst vielgesichtiger, mehrstrategischer werden müssen, um selbst dialogfähig für die Bürgergesellschaft zu werden. Sie wird den Bürger als Kooperationspartner suchen und bildet mit diesem einen Teil der „Wertschöpfungs-kette“ der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft zu der am Ende auch der angemessene Umgang mit dem Kunden und Klienten gehört. Was von ihm an Rollenkompetenz erwartet wird gilt für Stadtverwaltung selbst. Sie hat transparent die verschiedenen Rollen im Prozess des kommunalen Handelns wahrzunehmen. Stadtentwicklung, Sozialplanung und Verwaltungsreform benötigen eine enge Zusammenarbeit, um der Komplexität der Stadtgesellschaft gerecht zu werden. Führungsaufgaben in der Stadtverwaltung werden in hohem Maße auch Dialogkompetenzen umfassen müssen für diejenigen, die nicht „auf der Gehaltsliste stehen aber im Einwohnermelderegister“. Stadtgesellschaft ist sowohl Gegenstand der Betrachtung als auch handelnder und entwicklungsfähiger Akteur.

Zusammenfassung

Der Prozess der Stadtentwicklung selbst braucht die Mitverantwortung aus Bürgerschaft, Unternehmen und Kommunalpolitik, wenn die Stadt ihren urbanen Kern und ihre Freiheit zum Bürgerengagement entwickeln will. Sie auf je unterschiedlichem Niveau anzustiften und miteinander dialogfähig zu machen, gehört zu den Kernaufgaben der Stadtentwicklung für die Bürgerstadt der Zukunft.



v.l.n.r. Dr. Konrad Hummel, Monika Helbig,
Carola Schaaf-Derichs

Auftaktpodium

Thesen von Dr.sc. Eckhard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

„Die wissenschaftlichen Analysen zum Zivilengagement haben gezeigt, dass hier eine besonders hohe Fluktuation herrscht: viele neue Freiwillige betätigen sich in den Organisationen nur für relativ kurze Zeitspannen. Das Engagement wird insgesamt schnelllebig. Die Organisationen müssen sich darauf einstellen, um diesen Prozessen gerecht zu werden. Die hohe Dynamik des Engagements hat auch Auswirkungen auf die Freiwilligendienste. Für die Jugendlichen hat der Freiwilligendienst vor allem hohe biografische Bedeutung, indem er einen Beitrag für die Übergänge in weitere Lebensabschnitte liefert. Für Jugendliche werden durch die Entwicklung zu Ganztagschulen und eine Verdichtung der Studienzeiten die zeitlichen Räume für Engagement knapper. Um diese Entwicklungen aufzufangen, sollten künftig die Vereine in die Schulen und Universitäten gehen, und nicht warten, dass die Jugendlichen zu ihnen kommen. Die Forschung hinkt diesen realen Veränderungen zum Teil noch hinterher. Es gibt noch unerforschte neue Entwicklungen wie die Entgrenzungen zwischen Erwerbsarbeit und Engagement oder die zunehmende gesellschaftliche Dynamik im bürgerschaftlichen Engagement. Das „Gesetz für Helfer“ ist daher sinnvoll. Offen ist aber die Frage, ob die Vergütung der Freiwilligendienste aller Generationen – wie im Land Sachsen-Anhalt bereits praktiziert – nicht zu einer Entwertung der Freiwilligendienste führt. Freiwilligendienste sind anspruchsvolle Tätigkeiten, die organisationsgebunden geleistet werden. Es gibt aber auch nach wie vor ein organisationsungebundenes Potential.“

Thesen von Angelika Münz, Community Partnership Consultants

1. Die Einrichtung des „Freiwilligendienstes aller Generationen“ bedeutet den Aufbruch in eine neue Epoche, in der Freiwilligendienste von größerer Vielfalt der sich Engagierenden, Formen und Inhalte des Engagements und deshalb größerer Flexibilität und Vernetzung der Strukturen gekennzeichnet sein werden. In über 40 Jahren hat Deutschland eine in Europa einzigartige Tradition und Erfahrung mit der Organisation von Freiwilligendiensten aufgebaut, die jedoch stets mit starken konzept-



Auftaktpodium: „Freiwillige bilden Gesellschaft“



Dr. Eckard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

tionellen Vorgaben verbunden und auf die Zielgruppe der Jugendlichen fokussiert waren. Mit der Entscheidung für eine konzeptionelle Öffnung und Flexibilisierung der Freiwilligendienste für alle Altersgruppen, verbunden mit der Aufwertung des informellen Lernens, schließt Deutschland an Schwerpunkte der Engagementförderung in anderen europäischen Ländern an, die mit Inklusion, Bildung von Sozialkapital und Qualifizierung der Freiwilligen umschrieben werden können.

2. Der „Freiwilligendienst aller Generationen“ ist – wie alle Freiwilligendienste – eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements, die sich auszeichnet durch klare Vorgaben zu den Zielen des Dienstes, zum zeitlichen Umfang, möglichen Arbeitsfeldern, Aufgaben, begleitenden Bildungsangeboten und einer vertraglich festgestellten Verbindlichkeit. Damit gleicht er anderen lang- und kurzfristigen (Jugend-)Freiwilligendiensten im In- und Ausland, die die genannten Eckpunkte in ihren Konzeptionen festgestellt haben, flankiert von den nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Charakteristisch für die „traditionellen“ Freiwilligendienste ist die Herausbildung einer eigenen Freiwilligenidentität (z.B. als FSJ Freiwilliger oder Friedensdienst-Freiwilliger) während des Dienstes, die sich im neuen Freiwilligendienst aller Generationen noch etablieren muss. Es wird vom Freiwilligenmanagement und den Bildungsangeboten der Trägerinstitutionen abhängen, wie sich die Identität des generationsübergreifenden Freiwilligendienstes herauskristallisieren wird.

3. Wenn Trägerorganisationen in die Weiterbildung ihrer Freiwilligen investieren, wird dies nicht nur den Freiwilligen, sondern auch den Trägern zugute kommen. Um die Potenziale der Freiwilligen zu erschließen und ihre Fähigkeiten zu nutzen, wird ein modulares Bildungskonzept gebraucht, das ausgeht von: Der jeweiligen biographischen Passung und anschließt bei der individuellen Motivation der Freiwilligen für den Dienst Qualifiziert mit Wissen und Fachkenntnis für die Einsatzstelle Qualifiziert mit dem Einüben von Kompetenzen, die ggfs. nützlich für den Übergang in den Arbeitsmarkt sein können Weiterbildet für Möglichkeiten der Planung und Beteiligung in Entscheidungsprozessen, Konfliktlösung und Mediation als Teil des demokratischen Selbstverständnisses Interkulturelle Kompetenzen entwickelt als grundlegender Baustein einer Gesellschaft, in der wir lernen müssen, in Vielfalt zusammenzuleben.



Von links nach rechts: Barbara Weigl (Moderation), Gerontologin, Demografieberaterin; Angelika Münz, Community Partnership Consultants, Niederlande; Dr. Eckard Priller

Thesen von Torsten Schramm:

1. Freiwilligendienste spielen im Rahmen der Engagementpolitik eine wichtige Rolle. Sie haben in den letzten Jahren an Ansehen gewonnen. Allerdings besteht ein Widerspruch zwischen diesem Ansehen, den damit einhergehenden Erwartungen der Politik und der mangelnden finanziellen Ausstattung der Freiwilligendienste.

2. Es gibt Tendenzen der Vereinnahmung der Freiwilligendienste für die Lösung gesellschaftlicher Probleme, die primär von gesellschaftlichen Bildungsinstitutionen wie der Schule gelöst werden sollten.

Freiwilligendienste dürfen sich nicht primär zum Instrument der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen entwickeln. Um ihren Charakter als Instrument demokratischen, gemeinschaftsbildenden Lernens zu wahren, sollten Freiwilligendienste integrative, Millieu übergreifende Lernorte schaffen. Dienste, die nur auf benachteiligte Jugendliche ausgerichtet sind, können eine desintegrierende und stigmatisierende Wirkung entfalten.

3. In den letzten Jahren ist das Bewusstsein für die Bedeutsamkeit informeller Bildung und die Chancen, die Freiwilligendienste diesbezüglich bieten, gewachsen. Dennoch geht die Akzeptanz von Freiwilligendiensten als Ermöglicher innovativer, kreativer Lernsettings mit ergebnisoffenen Lernprozessen noch nicht weit genug. Die Vorstellung, Bildung sei gleichzusetzen mit formaler Bildung ist nach wie vor weit verbreitet und in den Köpfen verankert. Es besteht deshalb die Gefahr einer übertriebenen Pädagogisierung der durch die verschiedenen Freiwilligendienste geschaffenen informellen Bildungsorte. Hier muss genau geschaut werden, welche formalen Bildungsangebote, Kompetenzbilanzierungen etc. sinnvoll sind und welche Angebote Lernoffenheit und Kreativität blockieren.



Torsten Schramm, Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD)

Thesen von Christiane Richter, Seniorpartner in School SiS e.V.

Für Menschen, die ins Rentenalter eintreten, spielen formale Qualifikationen nur selten noch eine Rolle. Dennoch ist ein elementarer Prozess des formalen Lernens für Seniorpartner bei SiS e.V. obligatorisch: Die Schulung zum Mediator. Das informelle, soziale und gesellschaftliche Lernen geschieht im Umfeld dieser Kompetenz quasi drumherum und ist genauso wichtig. Der Erfolg der Seniorpartner wird daran gemessen, wie gut und in welcher Zahl die Integration von neuen Schülern in Klassenverbände bzw. in die sozialen Systeme der Schule gelungen ist. Wie die bisherigen Projektjahre deutlich beweisen, leisten die Seniorpartner nicht nur sehr viel, sondern sie erleben dies auch als einen persönlichen Zugewinn, sie sagen, dass sie ganz viel von ihrem Engagement für sich bekommen.



Christiane Richter,
Seniorpartner in School e. V.

Infomarkt

Die Info-Tische im Einzelnen

Nr.	Organisation
1	DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH, - Leuchtturm Kinder und Jugend
2	Dong Heng, interkultureller Hospiz-Verein e.V. - Leuchtturm Pflege Sozialakademie Potsdam, AWO Sano gGmbH – Leuchtturm Pflege
3	Evangelische Schule Berlin Zentrum - Leuchtturm Bildung
4	Seniorpartner in School e.V. - Leuchtturm Bildung
5	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. - Leuchtturm Bildung
6	Engagementwerkstatt Berlin; Treffpunkt Hilfsbereitschaft; Landesnetzwerk Bürgerengagement "aktiv in Berlin"; SeniorKompetenzteam Berlin
7	Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
8	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Mobiles Team der Freiwilligendienste aller Generationen
9	BAGFA e.V.; LAGFA Berlin; Regionale Servicestelle Berlin, „Aktion zusammen wachsen“
10	Quifd - Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im fjs e.V.
11	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD)
12	Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, Freiwilligendienste aller Generationen
13	Sportjugend im Landessportbund Berlin e.V.
14	Stiftung Naturschutz
15	Transferagentur "Sozialer Freiwilligendienst für Jungen" (PARITÄTisches Bildungswerk Bundesverband e.V.)
16	SCI Berlin e.V. (Service Civil International)
17	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.



Projekt „Ausbildungsbrücke“, Arbeit durch
Management (ADM), DWBO – Leuchtturm
Bildung



Caritasverband für das Erzbistum
Berlin e.V.

Diskussionsforum A Freiwillige übernehmen Verantwortung

Impulsbeitrag: Dr. Christa Perabo, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, AG Freiwilligendienste: „Freiwillige und Institutionen – ein Widerspruch?“

Praxisbeitrag: Margret Rasfeld, Evangelische Schule Berlin Zentrum: „Projekt Verantwortung“

Moderation: Anette Lahn, Berliner Aidshilfe e.V.

Dokumentiert von Jo Rodejohann, Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e.V.

Moderiert von Annette Lahn setzte Dr. Christa Perabo mit der Suche nach den möglichen Spannungen und Konflikten, die sich aus dem Tätigwerden von Freiwilligen in Institutionen ergeben, nach den Widersprüchen, die sich dabei entfalten können, in diesem Diskussionsforum den Impuls. Sie fragte zunächst, ob Institutionen überhaupt „verstehen“, dass Freiwillige die Gesellschaft (und auch die Institutionen) verändern (wollen). Für die Mehrzahl der Institutionen seien Freiwillige noch immer etwas Ungewohntes, der Einzug von freiwilligem und Bürgerschaftlichen Engagement in die Institutionen stehe noch ganz am Anfang. Und es gebe gute Gründe, warum Freiwillige und Institutionen nicht einfach zusammenpassen: In Institutionen gibt es Regeln und Hierarchien, Hauptamtliche, gibt es bisher einfach keinen „definierten“ Platz für Freiwillige.

Die Freiwilligen in den Institutionen sollen, zumal in Zeiten beschränkter öffentlicher Mittel, (auch teilweise professionelles Handeln erfordernde) Aufgaben erfüllen, die von den Institutionen bestimmt werden. Die Freiwilligen kommen aber mit einem in der Bürgerbewegung gewachsenen eigenen Gestaltungsanspruch in die Institutionen. Sie fordern die Institutionen heraus, kreatives Potenzial auch außerhalb ihrer gewachsenen (hauptamtlichen) Strukturen wahrzunehmen. Sie erwarten von den Institutionen, dass sie ihre Kompetenzen einbringen, dass sie verantwortlich mitgestalten können, dass ihr Tun Sinn ergibt. Freiwillige in Institutionen benötigen deshalb definierte Rahmenbedingungen, Qualifizierung, Begleitung, Anerkennung; sie sind keine Gratisarbeitenden sondern Aktivbürger



Zweite von rechts: Anette Lahn (Moderation), Berliner Aidshilfe e.V. und selbständige Beraterin; Vierte von rechts: Claus Foerster (Kurzbeitrag), Landesnetzwerk Bürgerengagement und AWO Exchange



Von rechts nach links: Dr. Christa Perabo (Impulsbeitrag), Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement; Margret Rasfeld (Praxisbeitrag), Evangelische Schule Berlin Zentrum: „Projekt Verantwortung“ – Leuchtturm Bildung

Margret Rasfeld (Evangelische Schule Berlin Zentrum) ergänzte aus der Praxis des „Projekts Verantwortung“, einem Kooperationspartner im Berliner Bildungsleuchtturm. Sie betonte den Aspekt der Erfahrung von Selbstwirksamkeit für die Freiwilligen, dessen institutionelle Stützung eine Frage von Haltungen sei, ein in Institutionen schwer umzusetzender Prozess. Und ohne Institutionen wären viele der Handlungsfelder von Freiwilligendiensten aller Generationen gar nicht möglich, aber Institutionen können nicht „aufgebrochen“ werden, sie müssen sich ändern.

Dr. Herbert Scherer (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.) verwies darauf, dass die Freiwilligendienste aller Generationen eben so definiert seien, wie sie es sind, nämlich als Dienst, damit die Institutionen damit klar kommen können; sie sind nur eine neben viele anderen Formen Bürger-schaftlichen Engagements.

Claus Foerster (Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ und AWO ExChange) brachte seine Erfahrungen mit nicht aus der Mittelschicht stammenden Freiwilligen ein, ergänzt von Tobias Baur (Humanistische Union e.V.).

Die intensive Diskussion zentrierte sich auf die Erfordernisse der Qualifikation und Bildung der Freiwilligen in den neuen Diensten, allerdings nicht nur unter dem Gesichtspunkt der übernommenen Aufgaben sondern insgesamt als auch persönlichen Sinn ergebende Lernerfahrung. Ein weiterer Schwerpunkt war die zukünftig weiter zu vertiefende Frage nach zielgruppensensiblen Ausformungen der Freiwilligendienste aller Generationen.



Zweiter von rechts: Dr. Herbert Scherer (Kurzbeitrag), Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.

Diskussionsforum B Freiwillige entwickeln Gesellschaft

Impulsbeitrag: Tilo Kretschmer, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, Regionalberater zum Freiwilligendienst aller Generationen und Leuchtturmverantwortlicher:

„Erfahrungen aus dem ersten Jahr in den Freiwilligendiensten aller Generationen in der Region Halle-Saalkreis“

Praxisbeitrag: Ariane Mattner, DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH, Projekt „Rückenwind“: Kinder und Senioren lernen spielerisch von- und miteinander

Moderation: Tobias Kemnitzer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.

Dokumentiert von Carola Schaaf-Derichs, Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e.V.

Diskussionspunkte nach dem Powerpoint-Vortrag von Tilo Kretschmer:

Wie wirkt sich die Anbindung der Freiwilligendienste aller Generationen an die Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis aus?

Herr Kretschmer stellte dar, dass die Interessierten für die Freiwilligendienste aller Generationen genauso wie alle Nutzer der Freiwilligenagentur beraten würden. Hier gebe es keine Unterschiede. Er ist der spezifische Ansprechpartner für diesen Interessentenkreis und stelle ihnen die Angebote der Freiwilligendienste aller Generationen im persönlichen Gespräch vor.- Welche sozialen Gruppen nehmen das Angebot der Freiwilligendienste aller Generationen wahr? Herr Kretschmer verdeutlichte, dass insbesondere Personen, die ALG II empfangen, auf die Angebote der Freiwilligendienste aller Generationen ansprechen, was vermutlich auch mit der Höhe des Auslagensatzes von 100 € im Monat zu tun habe. Schon in der Förderphase der Generationsübergreifenden Freiwilligendienste sei es hier zu einer erhöhten Nachfrage dieses Personenkreises gekommen und schon damals wurde die wöchentliche Engagementzeit auf 15 Std. angesetzt.

Welche Rolle spielen die Qualifizierungsangebote und damit die Bildung für die Interessierten?

Herr Kretschmer erklärte, dass die Angebote zur Bildung Bestandteil der 15 Wochenstunden seien, eine Übersicht zu den Möglichkeiten gebe es auf der Homepage der Freiwilligenagentur: www.freiwilligen-agentur.de



Tilo Kretschmer (Impulsbeitrag), Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, Regionalberater zum Freiwilligendienst aller Generationen und Leuchtturmverantwortlicher

Welche Ziele würden durch die Qualifizierung angesteuert?

Das Ziel der gesellschaftlichen Integration von Aktiven. Diese Wirkung sei durchaus fest zu stellen, sie sei aber wie bei den Nutzern der Freiwilligenagentur insgesamt. Zwei der Teilnehmer im Freiwilligendienst aller Generationen wurden so gesehen an die Erwerbsarbeit „verloren“. Die Inhalte der Qualifizierungsangebote seien schwerpunktmäßig im familiennahen Bereich, da die Einsatzmöglichkeiten in Kindertagesstätten, Schulen, Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern und Stadtteiltreffs lägen.

Wo wurden Grenzen bei der Qualifizierung festgestellt?

Eine Verpflichtung zur Bildung sei nicht möglich. Insgesamt sei das Programm Freiwilligendienste aller Generationen auf die regionalen Bedarfe angepasst und umgesetzt worden. Sie sollen vor allem gesellschaftlich Teilhabe ermöglichen.

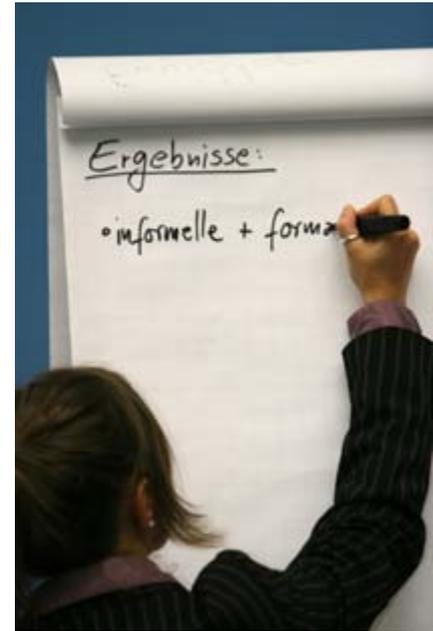
Das Forum stellte fest, dass noch viele interessante Fragen offen blieben, die aus Zeitgründen leider nicht mehr zum Zuge kamen.

Die Präsentation von Tilo Kretschmer finden Sie unter: http://engagementwerkstatt.de/wissen/images/5/57/EWB_FT2009_P_FAHalle.pdf

Auszüge aus der Präsentation von Ariane Mattner:

Im Zusammenhang mit der Vorstellung von Bildern zum Projekt „Rückenwind“:

- Beim gemeinschaftlichen Planen und Gestalten einer „Patchworkschlange“ konnten die gegenseitigen Vorurteile und Berührungängste zwischen den beteiligten Kindern und Älteren abgebaut werden,
- das Erlernen demokratischer Entscheidungsprozesse zwischen Jung und Alt wurde gefördert.
- Die Lernprozesse werden zertifiziert („Junior-“/„Seniorpass“)
- Nach Erfahrung von Frau Mattner gehen nur die Hochmotivierten in die Freiwilligendienste aller Generationen, d.h. etwa jeder zehnte Teilnehmer
- Um alle Lern- und Bildungswünsche sowie -erfordernisse zu erfassen, wird für jeden Teilnehmer aus den Angeboten ein „Bildungspaket“ geschnürt.
- Nach Ansicht von Frau Mattner besteht die Chance der Freiwilligendienste aller Generationen darin, Menschen vom Nutzen des Bürgerschaftlichen Engagements zu überzeugen, Lebensqualität zu erhöhen sowie Aufmerksamkeit für diesen gesellschaftlichen Bereich zu schaffen
- Die Grenzen des Programms Freiwilligendienste aller Generationen würden an der Hürde der Einlassung für Freiwillige deutlich. Daher sollte aus ihrer Sicht der konzeptionelle Rahmen der Freiwilligendienste aller Generationen als Weg zum Bürgerschaftlichen Engagement mit nieder- und höherschweligen Angeboten gefüllt werden.



Ariane Mattner (Praxisbeitrag), DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH, Projekt „Rückenwind“ - Leuchtturm Kinder und Jugendliche

Sebastian Pfeiffer, Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ):

- Auszüge aus seiner mündlichen Kurzvorstellung des FÖJ
- Bis dato gibt es ca. 125.000 Absolvent/innen des FÖJ
- Viele Teilnehmer nutzen ein FÖJ zur Überprüfung der eigenen Berufswünsche
- 91% der FÖJ'ler sagen aus, dass sie gerne ehrenamtlich tätig bleiben wollen, de facto sind es 73% der Absolvent/innen, die dabei bleiben
- Daher ist bzw. wäre eine Plattform mit Angeboten im Bürgerschaftlichen Engagement für diese interessierten Jugendlichen sehr wichtig - Viele der Absolvent/innen suchen Chancen, etwas zurück zu geben
- Wichtig und bearbeitungswürdig ist das „Übergangsthema“, also die Chance für inhaltliche und thematische Brücken (Übergänge) zwischen einzelnen biografischen Abschnitten und Phasen.

Jürgen Clausen, Freiwilligeninitiative FISch, Berlin Auszüge aus dem Kurzstatement: - Schülerinnen und Schüler lernen durch Engagement

- es braucht Förderer des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements von Schülern in und außerhalb der Schule.
- FISch ist ein Vermittler bei der Verbesserung von Partizipationsstrukturen an der Schule.
- FISch versteht sich als Brückenbauer zwischen Schulen und lokalen Einrichtungen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin.
- Wissensvermittlung à la Humboldt ist nicht mehr zeitgemäß
- Um die Partizipation an Schulen zu verändern, sollten „Klassenräte“ verankert werden
- Beteiligungserfahrungen und Verantwortungsübernahme kann durch „Service Learning“ an Schulen praktisch ermöglicht werden
- In Form von „Jugendforen“ kann an Kitas, im Hort und in der Schule ein zivilgesellschaftlicher Lernort etabliert werden
- Aktionen sind ebenso wichtige Lernorte für Engagement
- Insgesamt aber fehlt es an einer Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement an den Schulen
- Die Frage ist völlig offen, wer solche Engagement -und Lernprozesse verantwortlich initiiert und koordiniert
- Bisher erlebe Herr Clausen hier ein unbefriedigendes Verhältnis zwischen Input und Output
- Die angestrebten Partizipationsformen sollten angemessen begleitet und betreut werden können.

Die Präsentation von Jürgen Clausen finden Sie unter: http://engagementwerkstatt.de/wissen/images/0/02/EWB_FT2009_P_FISch.pdf



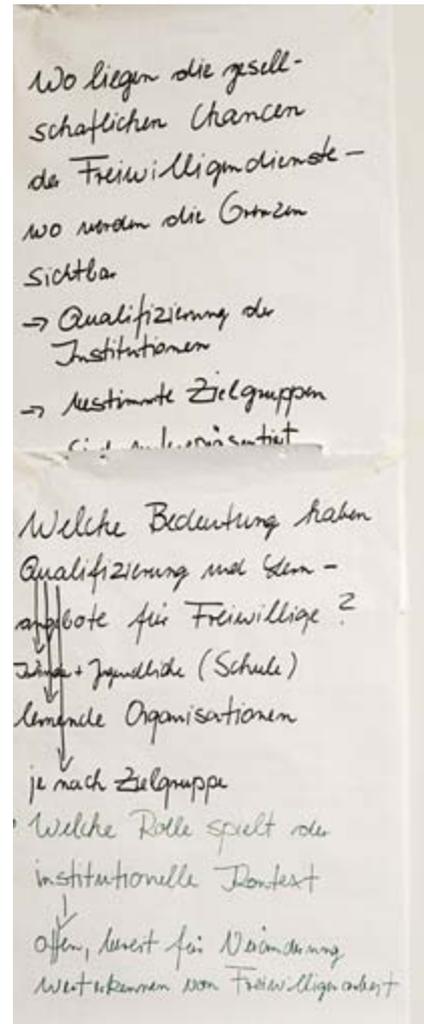
Von rechts nach links: Tobias Kemnitzer (Moderation), Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.; Jürgen Clausen (Kurzbeitrag), Freiwilligen-Initiative Charlottenburg-Wilmersdorf „Schüler lernen Verantwortung“ – FISch

Frau Andrea Brandt, Freiwilligenagentur Kreuzberg-Friedrichshain, Sprecherin der LAG Freiwilligenagenturen Berlin, Vorsitzende von biffy e.V.: Als Fazit aus den Präsentationen im Workshop:

- Das zeigt, dass Freiwillige zunächst fit gemacht werden müssen für einen Aushandlungsprozess im Bürgerschaftlichen Engagement als auch für die Wahrnehmung von Plattformen zur Beteiligung. Die Beratung in Freiwilligenagenturen bietet Freiwilligen dies bereits an.

Die Teilnehmer/innen formulieren als Bilanz aus dem Workshop folgende Punkte:

- Informelle und formale Bildungsprozesse sind für die Freiwilligendienste aller Generationen und freiwilliges Engagement gleichermaßen wichtig: soziale Kompetenzen, Fachwissen und Verantwortungslernen.
- Insgesamt müssen dabei die informellen Bildungsprozesse noch viel mehr Anerkennung erfahren.
- Freiwillige sollten durch Befragungen und auf der Grundlage ihrer Wünsche die Impulsgeber für Lernangebote sein.
- Freiwillige müssen aufgrund des steigenden Angebotes unterschiedlicher Formen von Bürgerschaftlichem Engagement über die verschiedenen Rollen und Identitäten informiert, aufgeklärt und nach Bedarf passgenau ausgebildet werden.
- Durch die Vernetzung mit „bildenden Institutionen“ wie Schulen sollten weitere Entwicklungspotentiale für Lernangebote für Freiwillige erschlossen werden.
- Die Anerkennung von freiwilligem Engagement durch Schulen sollte nicht als „Dienstleistung“ sondern als „Eigenleistung“ geschehen.
- Hinsichtlich des Programms Freiwilligendienste aller Generationen und anderer Engagementbereiche sollte der Eigenwert des Engagements bewahrt und nicht für ein rigides Reglement geopfert werden.



Diskussionsforum C: Freiwilligendienste und Kompetenzentwicklung

Im Hermann-Waesemann-Saal

Impulsbeitrag:

Susanne Rindt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), Projekt „Freiwilligendienste machen kompetent“

„Kompetenzentwicklung in biografischen Übergangssituationen“

Praxisbeitrag:

Dr. Jutta Anna Kleber, Projekt „Ausbildungsbrücke“, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., Berlin:

„Ehrenamtliche AusbildungsPATEN begleiten Schüler“

Kurzbeiträge von:

Bettina Bofinger, Deutsch-Russischer Austausch e.V. und regionale Servicestelle Berlin

„Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“

Thomas Kegel, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland im fjs e.V.

Mehrnoush Tarkashvand, „nature4you - FÖJ macht kompetent“, Stiftung Naturschutz Berlin

Moderation: Ana-Maria Stuth, Quifd – Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.

Zusammenfassung von André Vollrath, Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e.V.

Das Diskussionsforum C „Freiwilligendienste und Kompetenzentwicklung“ diskutierte die Bedeutung von Freiwilligendiensten als Orte informellen Lernens in biografischen Übergangssituationen. In ihrem Impulsbeitrag „Kompetenzentwicklung, freiwilliges Engagement und biografische Übergänge“ konzentrierte sich Susanne Rindt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), Projekt „Freiwilligendienste machen kompetent“ auf die Frage nach der Beschreibung und Bilanzierung von im Bürgerschaftlichen Engagement erworbenen Kompetenzen. Sie gab Beispiele für bereits bestehende Kompetenzbilanzierungen oder Kompetenznachweise, nannte mögliche Schritte zur Einführung von Kompetenzbilanzen in Tätigkeitsbereichen des Bürgerschaftlichen Engagements



Diskussionsforum C im Hermann-Waesemann-Saal: „Freiwilligendienste und Kompetenzentwicklung“



Dr. Jutta Anna Kleber (Praxisbeitrag), Projekt „Ausbildungsbrücke“, Arbeit durch Management (ADM), DWBO – Leuchtturm Bildung

und fragte nach ihrem Nutzen für bürgerschaftlich Engagierte in biographischen Übergangssituationen. Im Besonderen ging sie dabei auf die Bedeutung von Kompetenzbilanzen für die Verbesserung von Ausbildungs- und Berufschancen benachteiligter Jugendlicher, die einen Freiwilligendienst leisten, ein. Im Anschluss an zwei Praxisbeispiele aus dem Alltag verschiedener Freiwilligendienste entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Kontrovers diskutiert wurde dabei vor allem die Frage nach dem Sinn und den Auswirkungen von Kompetenzbilanzierungen im Feld der Freiwilligendienste.

Der Versuch, Kompetenzen, die das Ergebnis von informellen Lernprozessen im Freiwilligendienst sind, zu bilanzieren und zu messen, so die Kritik an dieser Idee, berge die Gefahr einer Formalisierung und Funktionalisierung der Freiwilligendienste. Die mit Kompetenzbilanzierungen einhergehende Ergebnisorientierung lasse die Grenzen zwischen einem Freiwilligendienst und einer formalen Ausbildung immer mehr verschwimmen und stelle Freiwilligendienste einseitig in den Dienst der Wirtschaft und des Arbeitslebens. Teilnehmer/innen, welche die Idee von Kompetenzbilanzierungen in Freiwilligendiensten unterstützten, machten unterschiedliche Argumente geltend: Viele Jugendliche würden selber den Nutzen formal bestätigter Kompetenzen sehen, die Kritik daran nehme ihre Perspektive nicht ernst genug. Kompetenzbilanzierungen förderten die Bewusstwerdung von Lernprozessen in Freiwilligendiensten. Kompetenzbilanzierungen müssten nicht die Form eines schulischen Zeugnisses annehmen, hier gäbe es weniger formale Lösungen. Jeder Träger von Freiwilligendiensten solle für sich entscheiden können, ob er mit Kompetenzbilanzierungen arbeiten wolle oder nicht. Alles weitere regle der Markt.

Die Präsentation von Dr. Jutta Anna Kleber finden Sie unter:

http://engagementwerkstatt.de/wissen/images/9/9b/EWB_FT2009_P_Ausbildungsbrücke.pdf

Die Präsentation von Susanne Rindt finden Sie unter: http://engagementwerkstatt.de/wissen/images/8/86/EWB_FT2009_P_ISS.pdf



Mernoush Tarkashvand (Kurzbeitrag),
„nature4you – FÖJ macht kompetent“,
Stiftung Naturschutz Berlin

Abschließende Betrachtungen der Veranstalter

Die große Teilnehmerzahl hat uns gezeigt, wie wichtig eine diskursive Annäherung an und eine Auseinandersetzung mit dem Feld der Freiwilligendienste und seinem Verhältnis zum unregulierten freiwilligen Engagement derzeit ist.

Es hat sich als richtige Entscheidung heraus gestellt, neben den Leuchtturmprojekten des Bundesprogramms „Freiwilligendienste aller Generationen“ in Berlin weitere Freiwilligendienste klassischer und neuer Provenienz an dem Info-Markt und den Diskussionsforen zu beteiligen, um das fachliche und kollegiale Kennenlernen sowie das persönliche Gespräche zwischen den Akteuren der Berliner Freiwilligendienstlandschaft anzuregen. Es wurde deutlich, wie unterschiedlich der Bekanntheitsgrad der Rahmenbedingungen und Zielsetzungen der einzelnen Bereiche dieser Landschaft derzeit noch ist.

Dieser Einsicht folgend, haben wir das Ziel formuliert, im zweiten Projektjahr der Engagementwerkstatt neben der Fachtagungsarbeit weitere Informationsquellen und Vernetzungsangebote zu schaffen und in der Breite anzubieten. Hier einige der Fragen, die noch weiterer fachlicher Auseinandersetzung und Beantwortung bedürfen:

- Welche Auswirkungen hat das Dienstverhältnis im Freiwilligendienst im Vergleich zu den Auswirkungen der „Vereinbarungen“ im (unregulierten) freiwilligen Engagement auf die Motive der Engagierten?
- Welche Ziele sollte das Angebot von Bildung im Freiwilligendienst verfolgen – welches Spannungsverhältnis ergibt sich hier zur „informellen Qualifizierung“ und zum Erwerb informeller Kompetenzen?
- Welches Verhältnis haben insbesondere die Freiwilligendienste aller Generationen zum Bereich der Niedriglohnarbeit bzw. zu gering bezahlter Arbeit und wie grenzen sie sich dieser gegenüber ab?



Schlussrunde: Ergebnisse – Fragen – Kommentare – Blick in die Zukunft



Anette Lahn, Berliner Aidshilfe e.V. und selbständige Beraterin

Als spannend wurde die Dynamik erlebt, mit der die neuen geregelten Freiwilligendienste auf das bestehende Berliner Feld des Bürgerschaftlichen Engagement einwirken und dieses weiterentwickeln. Ebenso mit Spannung erwartet werden die damit verbundenen legislativen Rahmungen und die Frage, ob es demnächst verschiedene Kategorien – im schlechten Falle auch „Klassen“ – von Bürgerschaftlichem Engagement geben könnte.

Die beteiligten Netzwerkpartner und Fachleute betonten in der Schlussrunde die Notwendigkeit mehr aktuelle, fachlich aufbereiteten Informationen, sowie Hinweise auf berlin- und bundesweite Entwicklungen in den geregelten Freiwilligendiensten zu erhalten, um in der notwendigen Debatte ihre Bedeutung für das freiwillige Engagement mitreden zu können. In die Bevölkerung bzw. das offene Feld der Interessierten hinein wird derzeit sehr Unterschiedliches kommuniziert. Deshalb sollte eine Erklärung der Standards für die Freiwilligendienste aller Generationen in Zukunft zum Basisgeschäft von Engagement-Netzwerken und engagementfördernden Organisationen gehören. Für die Arbeit der Engagementwerkstatt ergibt sich damit folgendes Fazit: Der Bedarf nach einer kommunikativen und vernetzenden Plattform für die Freiwilligendienste ist bestätigt worden. Die ersten gemeinsamen Schritte dorthin wurden am 04.12. 2009 erfolgreich gemacht.

Herzlichen Dank an alle fachlich, inhaltlich und organisatorisch Beteiligten dieser Fachtagung! Wir gehen damit in die nächste Runde und rücken mit der zweiten Fachtagung der Engagementwerkstatt am 01. Dezember 2010 das Thema „Pflege und geregelte Freiwilligendienste“ – so unser vorläufiger Arbeitstitel – in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Bis dahin beste Grüße

Carola Schaaf-Derichs
EngagementWerkstatt Berlin



Andrea Brandt, LAGFA Berlin, regionale Servicestelle Berlin „Aktion zusammen wachsen“ und Freiwilligenagentur Kreuzberg Friedrichshain



Ana-Maria Stuth, Quifd – Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.

Referent/innen



Dr. Konrad Hummel, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin:
12 Jahre Projektleiter im Sozialministerium Baden-Württemberg, 6 Jahre Sozialdezernent in Augsburg
(Veröffentlichung: Die Bürgerschaftlichkeit unserer Städte, Berlin 2009),
Mitbegründer des Bundesnetzwerkes Bürgerengagement, seit 2009 in Berlin beim Verband Stadtentwicklung vhw



Dr. sc. Eckard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Ökonom und Soziologe, Forschung
zum Dritten Sektor, zur Zivilgesellschaft, zum bürgerschaftlichen Engagement und zum Spendenverhalten.



Angelika Münz, Community Partnership Consultants, Niederlande:
Seit 1999 Mitarbeiterin bei Community Partnership Consultants, Niederlande in der Projektentwicklung, Forschung und
Beratung zu bürgerschaftlichem Engagement (seit 2008 freiberuflich).
Berufserfahrung mit Freiwilligendiensten als ehemalige Länderbeauftragte der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
für die Niederlande/Belgien (1992 – 1997).



Christiane Richter, Seniorpartner in School e.V.:
... war Diplom-Sozialarbeiterin und begann ihr bürgerschaftliches Engagement u.a. im Gemeindegkirchenrat, einem
Museumsdorf und als Elternvertreterin auf Landes- und Bundesebene. 2001 gründete sie den Verein „Seniorpartner in
School“, der Ruheständler als Mediatoren in Schulen entsendet und erhielt dafür 2006 das Bundesverdienstkreuz am
Band.



Torsten Schramm, Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD):
Geschäftsführer Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Berlin, Brandenburg und Sachsen, Sozialwissenschaftler,
Politologe

Referent/innen



Dr. Christa Perabo, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, AG Freiwilligendienste: Diplompolitologin, zwei Söhne. Bis zur Verrentung 2007 tätig als Referatsleiterin im Hessischen Sozialministerium, zuständig für Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Seither ehrenamtliche Mitarbeiterin der Landes-Ehrenamtsagentur Hessen und dadurch in weitere Engagementfelder auf Bundesebene ‚hineingeraten‘: Beisitzerin im Vorstand der bagfa und Sprecherin der AG 3 Freiwilligendienste des BBE.



Margret Rasfeld, Evangelische Schule Berlin Zentrum: „Projekt Verantwortung“: Reformschulpädagogin und Schulleiterin, Expertin für citizenship education, beratende Tätigkeit für Schulen, kommunale und überregionale Bildungsprojekte, Stiftungen, Vereine



Tilo Kretschmer, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis: 41 Jahre, geboren in Halle (Saale), DV-Kaufmann/Diplomverwaltungswirt. Seit 2006 bei der Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V., jetzt Projektverantwortlicher für die Leuchtturmplätze sowie Regionalberater MKT für Halle und den Saalkreis im Rahmen des Freiwilligendienstes aller Generationen sowie Mitglied im Beraterteam der Freiwilligenagentur. Ehrenamtlicher Koordinator „Sozialpaten Halle“



Ariane Mattner, DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH, Projekt „Rückenwind“: Diplompsychologin, Entwicklerin und Trainerin gewaltpräventiver Angebote für Kinder und Jugendliche, u.a. Entwicklung der Methode »Helden AG®« und Einsatz zur Moderation generationsübergreifender Gruppen. Qualitätsmanagerin und TQM- Auditorin. Leiterin des Programmes »Rückenwind« bei der DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH

Referent/innen



Susanne Rindt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS): geb. 1967, M.A. Slavistik und Germanistik, seit 2007 Leiterin der Koordinierungsstelle Jugendfreiwilligendienste und des Projektbüros „Freiwilligendienste machen kompetent“ im Berliner Büro des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS e.V.), stellvertretende Sprecherin der BBE-AG 3 „Freiwilligendienste“, bis 2006 tätig u.a. für das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, für die Stiftung Zukunft Berlin und für den Deutsch-Russischen Austausch e.V.



Dr. Jutta Anna Kleber, Projekt „Ausbildungsbrücke“, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., Berlin, Human Resource Managerin, Privatdozentin FU Berlin, Trainerin (artop Berlin), Coach (DGFP), Projektleiterin der bundesweiten Initiative „Arbeit durch Management/PATENMODELL“ (DWBO). Hier zuständig für den Aufbau und die inhaltliche Ausdifferenzierung der Zielgruppenprojekte, sowie Organisationsentwicklung. Implementierung

Leuchttürme Berlin

Bildungsleuchtturm

- Die Ausbildungsbrücke - Arbeit durch Management/PATENMODELL, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
- Seniorpartner in School e.V. - Seniorpartner in School e.V.
- Verantwortung - Evangelische Schule Berlin Zentrum

Pflegebegleiter-Leuchtturm

- Pflegebegleiter - Sozialakademie Potsdam, AWO Sano gGmbH
- Kultursensible Betreuung Älterer - Dong Heng interkultureller Hospiz - Verein e.V.

Kinder- und Jugendleuchtturm

- Rückenwind - DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH



Netzwerkpartner

- Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Mobiles Team der Freiwilligendienste aller Generationen
- Drei Leuchtturmprojekte im Rahmen der Freiwilligendienste aller Generationen in Berlin zu den Themen „Bildung“, „Pflegebegleitung“, „Kinder und Jugendliche“ (s.o.)
- Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Berlin (LAGFA)
- Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“
- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
- Quifd - Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit
- Regionale Servicestelle Berlin, „Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“

Kooperationspartner

- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
- Wir danken Frau Staatssekretärin Monika Helbig herzlich für die Gastgeberschaft in den Räumen des Berliner Rathauses



Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales



Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit Berlin

Förderer

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



im Rahmen der Initiative



Alter schafft Neues

Die Engagementwerkstatt Berlin

Die Engagementwerkstatt Berlin des Vereins „Die Hilfsbereitschaft e.V.“ ist ein Berliner Fach- und Vernetzungspartner im Bundesprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“. Über den Aufbau eines Informations- und Wissensspeichers (www.engagementwerkstatt.de) mit fachlichen und aktuellen Informationen über Freiwilligendienste in der Stadt und die Organisation engagementpolitischer und fachlicher Diskussionen vernetzt sie Themen und Anliegen der neuen und der bestehenden Freiwilligendienste in Berlin und begleitet aktiv deren Entwicklung. Sie koordiniert die Berliner Leuchtturmprojekte der „Freiwilligendienste aller Generationen“.



Freiwilligendienste aller Generationen

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ (www.freiwilligendienste-aller-generationen.de) bereichert die Vielfalt an bestehenden Engagementformen in Deutschland um ein Engagementformat, das Bürgerschaftliches Engagement kontinuierlicher und verlässlicher werden lässt und für Menschen jeden Alters - insofern sie die Schulpflicht erfüllt haben - offen ist.

Mit dem übergeordneten Ziel, den Zusammenhalt der Generationen zu fördern, ermöglicht das Programm allen, die auf der Suche nach neuen Erfahrungen und Begegnungsmöglichkeiten sind und/oder ihre Kompetenzen an andere weitergeben wollen, sich acht Stunden die Woche für die Dauer von einem halben Jahr in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu engagieren.

Die Etablierung des neuen Freiwilligendienstes wird auf mehreren Ebenen vorangetrieben. So genannte „Leuchtturmprojekte“ (bundesweit 46) bieten das neue Engagementformat im Rahmen unterschiedlicher, innovativer Konzepte an und geben ein Beispiel für andere Projekte. Mobile Kompetenzteams beraten und unterstützen Träger, Freiwillige und Kommunen, die sich für das Programm interessieren. Ein umfangreiches Qualifizierungsangebot steigert die Attraktivität und sichert die Qualität des Engagements.

Die Bedingungen des neuen Freiwilligendienstes

- Einen Freiwilligendienst aller Generationen kann leisten, wer die Schulpflicht erfüllt hat.
- Freiwillige haben sich auf mindestens acht Stunden je Woche für die Dauer von mindestens einem halben Jahr zu verpflichten.
- Das Dienstverhältnis muss zwischen Freiwilligem, Träger und Einsatzstelle schriftlich vereinbart werden.
- Träger eines Freiwilligendienstes aller Generationen können Einrichtungen zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger sowie kirchlicher Zwecke oder juristische Personen des öffentlichen Rechts sein.
- Der Träger qualifiziert die Freiwilligen und die sie anleitenden Fachkräfte durch Fort- und Weiterbildung im Mindestumfang von durchschnittlich 60 Stunden pro Jahr.
- Der Träger begleitet die Freiwilligen durch kompetentes Personal der Organisation.
- Die Freiwilligen sind in der gesetzlichen Unfallversicherung (§ 2 Abs. 1a SGB VII) versichert, wenn das Dienstverhältnis schriftlich vereinbart ist.
- Der Träger stellt die Haftpflichtversicherung der Freiwilligen sicher. Wenn Freiwillige nicht für einen bestimmten Träger aktiv werden, treten die Sammelhaftpflichtversicherungen der Länder ein.

Teilnehmerliste der 1. Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“ Seite 1

Shirin	Abu Chouka	SCI Berlin e.V.
Manuela	Albrecht	DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH
Maeike	Alscher	Wissenschaftszentrum Berlin
Susanne	Amon	Ricati Hospiz
Volker	Amrhein	Projektbüro "Dialog der Generationen", Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH
Petra	Anders	Club Spittelkolonnaden
Evelin	Arndt	Mobiles Team Vorpommern der Freiwilligendienste aller Generationen
Arne	Mensching	Stiftung Naturschutz Berlin
Barbara	Arnold	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Anke	Baumgärtel	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Mobiles Team der Freiwilligendienste aller Generationen
Tobias	Baur	Humanistische Union e.V.
Frau	Bedorf	FSE Pflegeeinrichtung gGmbH, Pflegeeinrichtung Marzahn
Stefanie	Beerbaum	STERNENFISCHER - Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick
Thomas	Beetz	DRK KV Müggelspree e.V., Kreisgeschäftsstelle
Lea	Belsner	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Karin	Bischof	FreiwilligenAgentur Charlottenburg-Wilmersdorf
Theda	Blohm	KREATIVHAUS e.V.
Bettina	Bofinger	Deutsch-Russischer Austausch e.V. / Reg. Servicestelle "Aktion zusammen wachsen"
Grit	Böhnke	Sozialakademie Potsdam
Jieun	Bong	Dong Heng Interkultureller Förderverein für Hospizdienste e.V.
Ariane	Böttcher	AWO Bundesverband e.V.
Andrea	Brandt	LAGFA Berlin / Reg. Servicestelle "Aktion zusammen wachsen"
Julia	Breidenstein	HUMANA Freiwillige für Afrika e.V.
Edith	Breitkreuz	FreiwilligenAgentur Charlottenburg-Wilmersdorf
Marie-Luise	Büchner	Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin e.V.
Jürgen	Clausen	Freiwilligen-Initiative Charlottenburg-Wilmersdorf "Schüler lernen Verantwortung" - FISch
Heidemarie	Depil	casablanca gGmbH
Christiane	Distler	DRK KV Müggelspree e.V., Kreisgeschäftsstelle
Wibke	Eberhardt	
Susanne	Eckhardt-Lutsch	Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Landesfreiwilligenagentur Berlin
Tomask	Edith	Büro der Integrationsbeauftragten
Katja	Eichhorn	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Emrich	Eratsun	Naturschutz e.V.
Charlotte	Esser	Stiftung Federkiel
Tim	Fiedler	Sportjugend im Landessportbund Berlin e.V.
Claus	Foerster	Landesnetzwerk Bürgerengagement "aktiv in Berlin" / AWO ExChange
Elisabeth	Franz	Haus des Älteren Bürgers
Mirko	Funke	
Bettina	Gebhardt	Mentoring für Frauen, Zentrum für Strategie und Entwicklung, Europa-Universität Viadrina
Barbara	Geyler	Seniorpartner in School e.V.
Jennifer	Göhringer	Quifd - Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im fjs e.V.

Teilnehmerliste der 1. Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“ Seite 2

Lars	Graf	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Beate	Grintsch	MEbB - Mehr Erfolg bei Behörden
Michael	Gromke	SCI Berlin e.V.
Veit	Hannemann	biffy Berlin - Big Friends for Youngsters e.V.
Heidemarie	Hansen	FreiwilligenAgentur Charlottenburg-Wilmersdorf
Ursula	Heine	Freunde alter Menschen e.V.
Monika	Helbig	Senatskanzlei Berlin
Johanna	Herder	Stadtteilzentrum/Freiwilligenagentur Spandau Siemensstadt
Claudia	Hofbauer	Nachbarschaftsheim Mittelhof Berlin e.V.
Viola	Hoffmann	Betreuungsverein der Volkssolidarität
Rogan	Höflich	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Dr. Konrad	Hummel	Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
Dorothee	Ignier	CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Sabine	Irmer	Evangelische Schule Berlin Zentrum
Uta	Jankowsky	Bürgerstiftung Berlin
May	Jehle	Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
Iris	Jensen	Sportjugend im Landessportbund Berlin e.V.
Ina	Kant	Geschäftsstelle bürgeraktiv Berlin
Leopoldine	Kawan	DRK Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.
Thomas	Kegel	Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (fjs e.V.)
Tobias	Kemnitzer	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (BAGFA)
Dr. Jutta Anna	Kleber	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Sophie	Klinge	FÖJ-Aktiv e. V.
Elke	Korge	seniorKompetenzteam Berlin
Alexander	Kraake	DRK-Generalsekretariat
	Krause	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Ilonka	Krause	Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, Abt. Soziales und Gesundheit
Tilo	Kretschmer	Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis / FDaG
Ulli	Krüger	KREATIVHAUS e.V.
Dr. Sonja	Kudella	BIQ Beschäftigung, Integration, Qualifizierung gGmbH
Bernd	Kuhlmann	Stiftung Naturschutz Berlin
Elisabeth	Kupke	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Asli	Kurtuldu	FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain
Anette	Lahn	Berliner Aids-Hilfe e.V. und selbständige Beraterin
Alain	Lasserre	Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Landesfreiwilligenagentur Berlin
Ulrike	Lemke	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd), Landesverein Berlin e.V.
Dagmar	Linke	Patenprojekt Zukunft bauen e.V.
Dr. Eberhard	Löhnert	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Mobiles Team der Freiwilligendienste aller Generationen
Ellinor	Loyd	Spielmobil Mitte (Ehrenamtliche)
Jürgen	Ludewig	Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
Michael	Maas	Sozialbehörde Hamburg

Teilnehmerliste der 1. Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“ Seite 3

Carmen	Malling	Humanistischer Verband Deutschland
Karin	Marquard	
Wolfgang	Matthes	privat via Internet
Ariane	Mattner	DRK Berlin Süd-West Behindertenhilfe gGmbH
Kati	Mattutat	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Region Vorpommern, Mobiles Team - Freiwilligendienste aller Generationen
Jens	Meißner	Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, Abt. Soziales und Gesundheit
Marc	Melcher	Transferagentur "Sozialer Freiwilligendienst für Jungen", PARITÄTisches Bildungswerk Bundesverband e.V.
Robert	Merker	Sozialakademie Potsdam
Helga	Metzner	Die Hilfsbereitschaft e.V.
Karin	Mischkowski	Seniorpartner in School e.V.
Silvia	Mühl	MEbB - Mehr Erfolg bei Behörden
Helga	Müller	MEbB - Mehr Erfolg bei Behörden
Regina	Müller	Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Landesfreiwilligenagentur Berlin
Angelika	Münz	Community Partnership Consultants
	Papczok	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Dr. Christa	Perabo	BBE - AG Freiwilligendienste
Sebastian	Pfeiffer	FÖJ-Aktiv e.V.
Dr. Eckhard	Priller	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
	Provenzale	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Gisela	Raimund	Weisser Ring
Margret	Rasfeld	Evangelische Schule Berlin Zentrum
Frank	Richter	Albatros e.V., Stadtteilzentrum im Turm / Freiwilligenagentur
Christiane	Richter	Seniorpartner in School e.V.
Hee	Ridel Thomas	Dong Heng Interkultureller Förderverein für Hospizdienste e.V.
Susanne	Rindt	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS)
Jo	Rodejohann	Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e. V.
Ruben	Ruschin	
Roswitha	Salwetter	
Carola	Schaaf-Derichs	Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e. V.
Dr. Herbert	Scherer	Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
Ingrid	Schildknecht	Ev. Kirchenkreis Spandau
Dietrich	Schippel	Landesnetzwerk Bürgerengagement "aktiv in Berlin"
Dr. Manfred	Schmidt	Landesvereinigung Selbsthilfe
Kathleen	Schmidt	seniorKompetenzteam Berlin
Dagmar	Schmitt	Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e. V.
H.- Peter	Schmitz	Miteinander Wohnen e.V.
Torsten	Schramm	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd), Landesverein Berlin e.V.
Melis	Schröter	House of Life e.V.
	Schwarz	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Leonie	Silber	Bürgerstiftung Berlin

Teilnehmerliste der 1. Fachtagung „Freiwillige bilden Gesellschaft“ Seite 4

Gudrun	Skraback	GEBEWO, soziale Dienste
Eva	Sommer	Soziale Dienste Steglitz
Birgit	Starostzil	Jahresringe e.V.
Peter	Stawenow	Sozialwerk Berlin e.V.
Ute	Steigenberger	DWBO e.V. Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. - Freiwilligenagentur Charisma
Mary	Stillfried	Evangelische Schule Berlin Zentrum
Volker	Straube	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Katharina	Stuht	Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. JuSeV
Ana-Maria	Stuth	Quifd - Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten im fjs e.V.
Jung	Sung-Jo	Dong Heng Interkultureller Förderverein für Hospizdienste e.V.
Mehrnoush	Tarkashvand	nature4you - FÖJ macht kompetent, Stiftung Naturschutz Berlin
Martina	Taylor	Transferagentur "Sozialer Freiwilligendienst für Jungen", PARITÄTisches Bildungswerk Bundesverband e.V.
	Tenten	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Peter	Trenn	Nestwärme e.V. Deutschland, Berlin
Hünzer	Turgut	Türkischer Elternverein e.V.
Selim	Ulus	Die Ausbildungsbrücke, Arbeit durch Management (ADM), Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Bernd	Vallentin	MEbB - Mehr Erfolg bei Behörden
Karsten	Vettermann	Kiezspinne FAS e.V.
Andrea	Vogt	Evangelische Schule Berlin Zentrum
Andrè	Vollrath	Engagementwerkstatt Berlin, Die Hilfsbereitschaft e. V.
Henriette	von Wulffen	Christliche Freiwilligenagentur, Gemeinsam für Berlin e.V.
Stefan	Wagner	Paritätische Akademie
Friedemann	Walther	Bürgerstiftung Neukölln
Barbara	Weigl	Gerontologin, Demografieberaterin
Horst	Weipert	Sozialakademie Potsdam
Ricarda	Weller	Hand in Hand Patenschaft e.V.
Ulrich	Wiebusch	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - I D 22 -
Tina	Wiedenhoff	Weisser Ring
Jan	Wiehe	FÖJ-Aktiv e. V.
Petra	Winter	FSE Pflegeeinrichtung gGmbH, Pflegeeinrichtung Marzahn
Theophil	Wonneberger	
Laura	Zierke	SCI Berlin e.V.

Impressum

Die Hilfsbereitschaft e.V.
Torstr. 231, 10115 Berlin
Telefon 030 20450636
treffpunkt@freiwillig.info
www.freiwillig.info
Vi.S.d.P.: Carola Schaaf-Derichs

Beitragsdokumentation:
André Vollrath, Jo Rodejohann, Carola Schaaf-Derichs

Bildnachweis: Norbert und Gregor Baumann, PinguMedia

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die projektbezogenen Angaben. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.